



Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Archiv der Zentralstelle

MfS ZAIG

NR. 11389

Kopie BStU
AR 4

Teil II/III

Ohne Anschreiben

MS - Abt. X (BV) (KD)

Bln. den 8.4.69

PERSONLICH

Tgb.-Nr.

ZALG

Enthält 10 Blatt

Gen. Oberstltm. IRMLER

Betreff: Information

1. Zur Kenntnisnahme
2. Zur Stellungnahme
3. Zur weiteren Erledigung
4. Zur operativen Auswertung
5. Zur Bestätigung
6. Zum Verbleib
7. Mit der Bitte um

Rückgabe
Weiterleitung
Rücksprache

Amtl. 3040

Unterschrift

Zutreffendes unterstreichen

K 0346 866 500.0

BSU
0165

Inoffiziell erlangt

STRENG GEHEIM !

BSTU
0166

Prag, den 20. Februar 1969

Entwurf für eine Vereinbarung des föderalen und der nationalen Minister des Innern über die vorläufige Regelung des Informationsflusses in der tschechoslowakischen Abwehr

Die neue staatsrechtliche Ordnung und die sich daraus ergebende Bildung des föderalen und der nationalen Organe der tschechoslowakischen Abwehr macht es erforderlich, auf neue Weise den Informationsfluß festzulegen.

Die Einhaltung der notwendigen Zentralisierung bestimmter Informationen gewährleistet die Einschätzung der Gesamt-tendenzen der staatsicherheitlichen Situation innerhalb des Landes, der Absichten und Ziele sowie der konkreten Richtungen der Tätigkeit der äußeren Feinde.

Die Grundsätze des Zusammenwirkens in der Arbeit zwischen den einzelnen Dienststeinheiten der Abwehr erfordern die Einhaltung der Einheit des Kampfes gegen den Feind und eine entsprechende Zentralisierung objektiver Informationen in einer Zentrale, ihre Auswertung, Analyse, Verallgemeinerung und Rückkoppelung auf die einzelnen Gebiete der Abwehr.

Dieses notwendige und gesellschaftliche Interesse erfordert:

- a/ die Differenzierung konzentrierter Informationen in primäre /Agenturberichte, Befragung von IM nach der Rückkehr aus dem Ausland usw./ und sekundäre verallgemeinernde einzelne staatsicherheitliche Erscheinungen, Tendenzen und Richtungen /Tagesinformationen, Monatsanalysen, Jahreseinschätzung, thematische Analysen und Berichte/. Eine besondere Gruppe bilden die sogenannten "Meldungen über außerordentliche Ereignisse", die den Charakter einer dringlichen Information haben.
- b/ Festlegung eines Systems /Art und Weise/ der Übergabe von Informationen

- Geheimdienste;
- festgestellte Signale zur Vorbereitung von Schädigungs-
tätigkeit, Sabotage, Terror und der Organisierung
staatsfeindlicher illegaler Gruppen durch die feindlichen
Apparat der GSSR;
- Interessen und Zielstellungen der feindlichen Geheim-
dienste am Sicherheits- und nachrichtendienstlichen
- oder Dienstgeheimnis darstellen;
- Interessen und Zielstellungen der feindlichen Geheim-
dienste an Tatsachen, die ein Staats-, Wirtschafts-
lichen Gebiet;
- Interessen und Zielstellungen der feindlichen Geheim-
dienste auf militärischem, politischem und wirtschaft-
lichen Gebiet;
- Interessen und Zielstellungen der feindlichen Geheim-
dienste auf militärischem, politischem und wirtschaft-
lichen Gebiet;
- Mittel und Methoden der Verbindung;
- Formen und Methoden ihrer Arbeit;
- Geheimdienste;
- strategisch-taktische Interessen und Ziele der feindlichen
Geheimdienste;

1. Auf dem Gebiet des Kampfes gegen die feindlichen Geheim-
dienste und Personen, die mit ihnen in Verbindung stehen

Nur die leitende und analytische Tätigkeit werden auf dem
analytischen Sektor der föderalen Abwehr P. r. i. m. ä. r. e
Informationen aus folgenden Gebieten der Tätigkeit der
Abwehr konzentriert:

I.

- P. r. i. m. ä. r. e Informationen liefern der Zentralen Ana-
lytischen Abteilung alle Gebiete der Abwehr /also auch
die Bezirke/ durch Vermittlung der nationalen Abwehr-
organe oder direkt /Militärabwehr usw./.
- Zentralen analytischen Abteilung.
Bereitnisse/ Geben die nationalen Abwehrorgane der
thematische Analysen /und Meldungen über außerordentliche
Lageinformationen, Monatsanalysen, fahreschätzungen,

- Zielrichtung, Inhalt und Ziele nachrichtendienstlicher Spiele, die mit feindlichen Geheimdiensten geführt werden;
- festgestellte Fälle, Inhalt und Ziele der Desinformations-tätigkeit der feindlichen Geheimdienste;
- Zielrichtung, Interessen, Tätigkeit und Ziele feindlicher Geheimdienste, die über unser Territorium gegen die Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages geführt werden;
- Stand und Niveau der Koordinierung der Tätigkeit der feindlichen Geheimdienste der NATO;
- Widersprüche zwischen den feindlichen Geheimdiensten und Niveau der Koordinierung ihrer Tätigkeit;
- Distinktion, festgestellte Geheimdienstmitarbeiter, Agenten/einschließlich ihrer Beschreibungen/
- Treff- und konspirative Wohnungen;
- Schließlicher und Deckadressen, Telefonnummern, polizeiliche Kennzeichen der benutzten PKW;
- Methoden und Inhalt der nachrichtendienstlichen Betrugung, Kontakte;
- Steuerung, Auftragserteilung, Kontrolle und Brziehung der Agentur;
- festgestellte technische und andere Hilfsmittel für die Spionagefähigkeit.

2. Auf dem Gebiet der Bearbeitung feindlicher diplomatischer

Vertretungen, ihrer Mitarbeiter, vor allem der Legation
Geheimdienstmitarbeiter

- alle authentischen Materialien der entstandenen Tätigkeit der Vertretungen bzw. ihrer übergeordneten Organe, Maßnahmen der operativen Technik - Rohne G;
- Informationen, die aus der diplomatischen chifrierten und offenen Korrespondenz der ausländischen Vertretungen erlangt wurden;

- authentische Angaben, die durch Abhören von Gesprächen und ihrer Verbindungen erlangt wurden / Maßnahmen der operativen Technik - Reihe C und H;
- Erkenntnisse nachrichtendienstlichen Charakters, die bei der Beobachtung der Bewegung und der Tätigkeit der Mitarbeiter der Vertretung erlangt wurden;
- jegliche Angaben über technische Mittel, die von Mitarbeitern ausländischer Vertretungen zur Beobachtung eines interessanten Objektes, zur Durchführung von Dokumentationen und Übergabe von Informationen benutzt werden;
- jegliche Erkenntnisse über das System des Schutzes und der Bewachung der ausländischen Vertretungen, über die benutzte Technik und über die Arbeit der Mitarbeiter, die für den Schutz der Vertretung verantwortlich sind;
- alle Erkenntnisse über die Methoden und das System der Verbindung der Vertretungen mit der Zentrale und zwischen den Vertretungen;
- wichtige Angaben und Übersichten über Spezialisten, die aus der Zentrale zu einzelnen Vertretungen kommen, einschließlich der Mitarbeiter des Kurierdienstes;
- Agenturberichte, die Informationen enthalten
 - a / über nachrichtendienstliche / Aufklärungs- und Abwehr-/ Tätigkeit der Mitarbeiter der Vertretungen / Methoden der Legalisierung in der Vertretung, Typen unserer Bürger, Art und Weise offizieller Zusammenkünfte und Betragungen, Inoffizielle Zusammenkünfte und Agenturausstattung, Verbindung mit der Agentur, Belohnung, Schenkung, Überprüfung der Agentur, defensive Beobachtung, technische Ausrüstung für die Spionagearbeit; über nachrichtendienstlich interessante Verbindungen von Mitarbeitern der Vertretungen zu OSBR-Bürgern, vor allem zu solchen, bei denen die Voraussetzung besteht, daß sie von ihnen Informationen erlangen;

- Gewinnung und Vernehmung eines CSSR-Bürgers im Ausland;
 - Kontakt, Gewinnung und Vernehmung eines CSSR-Bürgers durch einen Geheimdienstmitarbeiter oder einen Agenten in der CSSR;
 - verdächtige Verbindung des Ausländers mit feindlichen Vertretungen in der CSSR;
 - verdächtige Verbindung des Ausländers mit CSSR-Bürgern; Formen von Gegenmaßnahmen der Geheimdienste auf unser Binnereiten / z.B. Ausweisung eines Visa-Ausländers aus der CSSR/;
 - Gewinnung und Vernehmung eines CSSR-Bürgers im Ausland; Zusammenarbeitet;
 - festgestellte Zusammenarbeit oder begründeter Verdacht, daß ein Visa-Ausländer mit einem feindlichen Geheimdienst zusammenarbeitet;
 - Tätigkeit der Emigration, der feindlichen und Emigranten-Organisationen und der Freigabe von Staatsgeheimnissen
3. Auf dem Gebiet der Tätigkeit der Visa-Ausländer, der

- e/ über die Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern der einzelnen Vertretungen auf der Linie der Spionage und über die Ausnutzung von Mitarbeitern der Vertretung des einen Staates durch Mitarbeiter der Vertretung eines anderen Staates;
- d/ über die Gewinnung offizieller Materialien, Richtung und Inhalt dieser Zielstellungen und ihre Quellen; Ausnutzung offizieller Veranstaltungen zu Verbindungen und nachrichtendienstlicher Tätigkeit;
- c/ über prinzipielle Ansichten von Mitarbeitern der Vertretungen über die innenpolitische Situation bei uns, ihre Entwicklung, spezifisches Interesse;
- b/ über das Interesse an Mitarbeitern des Apparates der tschechoslowakischen Sicherheit und Angehörigen der GSIA;

- Mitigation von IM der Staatsicherheit;
von Mitarbeitern wissenschaftlicher und Forschungs-
einrichtungen;
leitender politischer und öffentlicher Mitarbeiter;
von Mitarbeitern der Sicherheitsorgane und der Armee;
von Mitarbeitern der Journalistik und der Studenten-
bewegung;
von Personen, die mit geheimen und streng geheimen
Materialien gearbeitet haben;
- nachrichtendienstliche und staatsicherheitsliche Tat-
sachen, die durch Betrug von Rückkehrern und CSSR-
Bürgern, die sich langfristig im Ausland aufhalten,
erlangt werden;
- Verrat und Preisgabe von Staats-, Wirtschafts- und
Dienstgeheimnissen ins Ausland;
- Fälle der Dekonspiration der Interessen der tschecho-
slowakischen Abwehr und Aufklärung;
- Festgestellte Feindschaft tschechoslowakischer Bürger
im Ausland, die die Straftat "Verlassen der Republik"
§ 109 Abs. 1, 2 des StGB begangen haben;
- Festgestellte Feindschaft tschechoslowakischer und Dmigranten-
organisationen gegen die CSSR;
- Normen ihrer Feindschaft, Verbindung nach der CSSR
und zu Nachbarn- oder anderen Sicherheitsdiensten;
Festgestellte Einsätze und aktive Funktionen dieser
Organisationen, ihre Hinweise in die CSSR;
- Formen der Gewinnung und Aufrechterhaltung der Verbindung
zu CSSR-Bürgern;
- Festgestellte Signale über die Vorbereitung und Organis-
tierung von Straftaten gegen die Republik;
- Festgestellte Signale und Organisation der Flucht von
CSSR-Bürgern ins Ausland und Fälle der Verletzung des
Grenzregimes;

- nachrichtendienstliche und staatsicherheitliche Fakten, die durch die Bearbeitung der gegenüberliegenden Zollämter erlangt werden.

II.

Als sekundäre Informationen, die regelmäßig in den Tagesinformationen, Monats- und Jahresanalysen und auf der Grundlage von Anforderungen erscheinen, sind verallgemeinerte Entwicklungstendenzen der staatsicherheitlichen Situation innerhalb des Landes und Übersichten über konkrete Äußerungen einer strafbaren Tätigkeit gegen die Republik von folgenden Gesichtspunkten zu gewähren:

- ungesetzliche Tätigkeit feindlicher Gruppierungen innerhalb des Staates, ihre Verbindung mit dem Ausland. Einfluß und Auswirkungen der Tätigkeit der Emigranten- und Feindorganisationen auf den Umfang und die Intensität einer strafbaren Tätigkeit gegen die Republik;
- Tätigkeit verbotener oder nichtgenehmigter Organisationen und Vereinigungen, die sich um die Verwirklichung ungesetzlicher Absichten und Ziele bemühen und ihr Eindringen in legale Organisationen und Vereinigungen /z.B. K-231, KAN, KDS, ehemalige rechte Sozialdemokraten und andere Organisationen und Vereinigungen ähnlichen Charakters/;
- Erkenntnisse über die Ausnutzung legaler gesellschaftlicher Organisationen zur Durchsetzung der Interessen der antisozialistischen Kräfte, ihre Feindschaft gegen die CSSR und die Verbündeten von diesen Positionen;
- Erkenntnisse über äußeren feindlichen Einfluß und das Wirken antisozialistischer Kräfte unter den Journalisten und in der Studentenbewegung;
- Erkenntnisse über feindliche Angriffe antisozialistischer Kräfte gegen die höchsten Organe der Staatsmacht und ihre Vertreter, gegen die Parteiorgane und ihre Vertreter, gegen den Staatsapparat einschließlich Sicherheit und Armee;

Beim aufsuchen außerordentlicher Ereignisse ist bei ihrer Meldung, Überprüfung und Einschätzung entsprechend den betreffenden Bestellungen des Befehls des Ministers des Innern Nr. 2/67 und des Befehls des Leiters der HV Staats- sicherheit Nr. 7/67 vorzugehen.

III.

- Angaben über den psychologischen Einfluss feindlicher und Kollaborationsorganisationen, Nachrichtendienstleistungen gegen die GSSR mit dem Ziel, die Bedingungen für Erscheinungen einer strafbaren Tätigkeit gegen die Republik zu schaffen und zu erweitern;
- Angaben über illegale Druckereizugnisse staatsfeindlichen Charakters, Einschätzung des Inhalts der illegalen Druckereizugnisse, Anzahl und Orte des Auftretens, Anfertigung einer ausführlichen Charakteristik über die entlarften Autoren und Verbreiter und Übersendung einer Dokumentation zu dieser strafbaren Tätigkeit;
- Angaben, Signale und Dokumente über wichtige Erscheinungen einer strafbaren Tätigkeit gegen die Republik vom Charakter des Vaterlandsverrats, der Untergrabung der Republik, des Terrorismus, der Sabotage und Schändlichkeit;
- Feindliche Tendenzen der Kirchenproblematik, die unter dem Einfluss des Vatikan und weiterer ausländischer Organisationen auf eine Verletzung der Erfüllung der staatlichen Lini auf kirchlichem Gebiet abzulenken, Tätigkeit verbotener Sekten und kirchlicher Vereinigungen;
- Erkenntnisse und Dokumentation über alle festgestellten Umstände des Diebstahls und des Verlustes von Waffen, Munition, Sprengstoff mit Motiv und ausführlicher Beurteilung der festgestellten Täter;
- Übersichten und Angaben über Zersetzungsmaßnahmen, die mit eigenen Kräften durchgeführt werden.

IV.

Die Konzentration, Analyse und Auswertung der Informationen in einer Zentrale macht es zur Pflicht, den Diensteinheiten, die sich an der Schaffung eines Informationsfonds beteiligen, Rückinformationen zu gewähren. Die Zentrale Analytische Abteilung erarbeitet für die einzelnen Diensteinheiten der Abwehr:

- Analysen der Tätigkeit, der Interessen, Absichten und Formen sowie Methoden der Arbeit der Geheimdienste. Vor allem neu festgestellte Erscheinungen in der Tätigkeit der Geheimdienste gegen die CSSR /Erarbeitung in Abständen von einem halben Jahr/;
- Analysen über unerlaubtes Verlassen der Republik durch CSSR-Bürger, über die Tätigkeit der Emigrantengruppierungen, die Verbindung der Emigranten zu Geheimdiensten und anderen feindlichen Organisationen. Charakteristik der Informationen, die der Feind im Zusammenhang mit der Flucht von CSSR-Bürgern erlangt hat /Durchführung in Abständen von einem halben Jahr/;
- im Informations-Bulletin der analytischen Abteilung sind zu veröffentlichen Informationen über die staatsicherheitliche Situation, über die Erfahrungen aus der Abwehrarbeit, über eigene Formen und Methoden der Arbeit und weiteres Material, das auf die Erweiterung der Kenntnisse der operativen Mitarbeiter abzielt/Erarbeitung in Abständen von einem Monat/;
- sie objektiviert die übergebenen Informationen mit den Erkenntnissen aus dem Materialfond der analytischen Abteilung mit dem erstrangigen Ziel festzustellen, ob weitere Erkenntnisse zum Problem oder zu der Person existieren oder ob sie nicht in einem solchen Widerspruch stehen, der von einem Widerspruch zeugen würde. Sie informiert die zuständigen Diensteinheiten in den Fällen, wenn durch diese Tätigkeit nachrichtendienstlich interessante Erkenntnisse konzentriert werden;

- sie komplettiert die konzentrierten Angaben und in den Fällen, in denen auf der Grundlage einiger Teilangaben der begründete Verdacht entsteht, daß eine Person oder eine Gruppe von Personen eine ungesetzliche Tätigkeit durchführen, übergibt sie diese in sich abgeschlossenen Materialien den zuständigen operativen Linien.

V.

Die Zentrale Analytische Abteilung hat nach Vereinbarung mit der Leitung der nationalen Abwehrorgane folgende Rechte:

- Informationen von allen Diensteinheiten und Bestandteilen der tschechoslowakischen Abwehr zu fordern, die für die analytische Tätigkeit notwendig sind;
- ergänzende Angaben zu unvollständigen und ungenauen Informationen zu verlangen;
- im Bedarfsfalle die erforderlichen Agentur- und Operativ-Vorgänge zu studieren /unter Einhaltung aller Prinzipien der Konspiration/ für die Bedürfnisse der analytischen Tätigkeit;
- von den statistischen und Registrier-Abteilungen genaue und zusammenfassende Zahlen zu den analysierten Problemen anzufordern;
- Unterlagen und ergänzende Angaben zu sekundär übergebenen und bearbeiteten Informationen anzufordern;
- die Veränderung des Grades der Informationen vorzuschlagen /primär - sekundär/;
- Veränderungen in der Regelung des Informationsflusses vorzuschlagen.

Übersetzung: *Seu*
3 Expl. Hptm.
28.3.69

Verteiler:
1. Ex. *ZAIC*
2. Ex. *X*
3. Ex. *X*

1380/69

Übersetzung aus dem Tschechischen

Inoffiziell erlangt

BSIU
0176

Am 29.3.1969 wurde der Befehl Nr. 11 des Ministers des Innern der CSSR Gen. PEŠNAR zu außerordentlichen Maßnahmen und zur Gewährleistung von Ruhe und Ordnung erlassen.

Darin wird angeführt, daß es nach Beendigung der Übertragung von der Eishockey-Nationalmannschaft in der Nacht vom 28. zum 29. März 1969 in einer Reihe von Orten in der CSSR zu Ansammlungen von Bürgern kam, die in einigen Städten in eine Verletzung der öffentlichen Ordnung übergingen, bei der es zu Überfüllen auf Objekte kam, die von sowjetischen Organen und Institutionen genutzt werden.

In Übereinstimmung mit der Erklärung der Regierung der CSSR verkündete Gen. PEŠNAR Gesetzt ab 29.3.1969 - 16.00 Uhr 50 % Einsatzbereitschaft für die beim Ministerium des Innern der CSSR eingesetzten Mitarbeiter und seiner Formationen des Exekutivapparates und der Formationen der Ministe.

Er beauftragte a) den Leiter der Föderalen Verwaltung des Nachrichtendienstes, im Umfang des festgelegten Wirkungsbereiches eine nachrichtendienstliche Aufklärung in dem Mitlein zu organisieren, aus dem die Initiatoren und Organisatoren der Demonstrationen zu erwarten sind,

b) den Leiter des Schutzes der Partei- und verfassungsgemäßen Funktionäre, den Schutz der Objekte der Vertretungen der UdSSR wie auch den Schutz der Objekte des BSI der CSSR zu gewährleisten.

Als Koordinierungs- und Sammelfunktion zwischen den Formationen beider Ministerien richtete Gen. PEŠNAR einen Operativstab in folgender Zusammensetzung ein: Oberst Dr. jur. Jaroslav KUNEK (Leiter), Oberst Dr. jur. František VÁNEK, Oberst Dr. jur. Jindřich TROŠ, Oberst Josef HONŠKA (Sekretär) und Major Jaroslav ČOPAL (Sekretär).

30.3.69

Übersetzer: *[Handwritten Signature]*
3. Expl. *[Handwritten]*
2.4.69

Verteiler:

- 1. Nr. *[Handwritten]*
- 2. Nr. *[Handwritten]*
- 3. Nr. *[Handwritten]*

ESTU
0177

1589/65
Übersetzung aus dem Tschechischen

Inoffiziell erlannt

Beratung beim Leiter der I. Verwaltung des MAI am 29.3.1969
(um 20.30 Uhr) - Anwesende: Oberst PODZEMNY, Oberst JANDOS,
Oberst ZEMLA, Oberstltm. MOSE, Major SYBOCHA und Major BABAK.

Es referierte Oberst PODZEMNY, der um 19.30 Uhr zum Gen.
Stellvertreter VASEK zu einer Beratung über die Situation,
die nach den Ereignissen in der Nacht vom 28.3.1969 in
der CSSR entstanden war, gerufen worden war. Auf der Beratung
war auch der Minister des Innern der CSR Gen. GRÜSSER anwesend,
der eben von einer Sitzung der tschechischen Regierung gekommen
war.

Genosse VASEK verwies einleitend darauf, daß die innenpolitische
Situation in der CSSR nach dem gestrigen Tage einen ernsten
Charakter angenommen hat, wobei das, was geschehen ist, nichts
mehr mit Spott zu tun hatte. Fast in allen Städten (Bezirks-,
Kreis- und mittleren) kam es zu ernsten Aktionen antisowje-
tischen Charakters. Wie Genosse VASEK betonte, war das
Ministerium des Innern jedoch nicht auf diese Aktionen vor-
bereitet.

Konkrete Informationen über die Situation in Prag und der
CSSR gab Genosse HRUBY (Öffentliche Sicherheit).

Er sagte, daß es sofort nach Beendigung des Eishockey-Spiels
CSSR-UDSSR zu einer Massenkonzentration von Bürgern kam,
vor allem in Prag, wo sich alles auf dem Wenzelsplatz und
den Altištřter Ring versammelte, wobei sich diese Konzentration
der Bürger dann in Demonstrationen gegen die Sowjetunion
verwandelte. Es war eine große Aggressivität der Gruppen
erkennbar und gegen 22.00 Uhr befanden sich in Prag in
dem angeführten Raum ca. 100.000 bis 150.000 Menschen.
Da diese Bürger vielfach mit FKW gekommen waren, wurde
der Verkehr um den Wenzelsplatz und den Altištřter Ring
praktisch unmöglich gemacht. Es kam zur Beschlagerung des
Büros der sowjetischen Fluggesellschaft auf dem Wenzelsplatz,
die Inneneinrichtung wurde vollkommen verbrannt. Angehörige
der Öffentlichen Sicherheit versuchten einzuschreiten,
wurden jedoch schwer mit Pflastersteinen angegriffen.

Das Eingreifen der Öffentlichen Sicherheit war ohne Erfolg. Nach dem Demolieren des Büros von Aeroflot wurde die dekorative Annehmlichkeit (grüne Büsche) um das Denkmal (Statue) des Heiligen Wenzel völlig zerstört (abgebrannt).

Es wurden 14 Angehörige der Öffentlichen Sicherheit verletzt (ernste Verletzungen, sie wurden zur Krankenhausbehandlung eingeliefert). Später begaben sich etwa 400 Menschen zur Botschaft der UdSSR, dort waren jedoch schon die Angehörigen der V. Verwaltung des MII (Bewachung von Gebäuden) bereit, so daß es außer dem Rufen von Losungen (gegen die UdSSR und ihre einzelnen Vertreter) zu keinen anderen Aktionen kam. In die Nähe des Büros von Aeroflot versuchten Feuerwehrleute (mit Spritzen) zu gelangen, sie mußten jedoch einige Male abfahren, damit ihnen die wütenden Massen nicht die Fahrzeuge ankippten.

Sehr dramatisch entwickelte sich die Demonstration im Nordböhmischen Bezirk. In Ústí n. Labem konzentrierten sich etwa 3.000 - 5.000 Menschen vor der sowjetischen Kommandantur, ihre Autos wurden mit Benzin übergossen und angebrannt, sie wurden Steine geworfen und Losungen gegen die UdSSR geschrien. Auch in Teplice, Bečín und Liberec kam es zu Versuchen, die sowjetischen Kommandanturen zu überfallen. Es wurden sowjetische Fahnen verbrannt, wieder wurde mit Steinen geworfen.

In Hradec Králové wurde ein symbolischer sowjetischer Panzer mit Brennstoff übergossen und angebrannt. Es wurden 17 Angehörige der Öffentlichen Sicherheit verletzt.

Auch in Olomouc kam es zu einer Konzentrierung von etwa 5.000 Demonstranten, sowjetische Einheiten wurden in Klada Boleslav und Jaromer (hier das sowjetische Militärkrankenhaus) überfallen. In Pilsen und Ceske Budejovice waren die Demonstrationen von geringerer Intensität (nur Skandieren von Losungen).

In der Slowakei nahmen die Ereignisse einen etwas gemäßigteren Verlauf, weil die Sicherheit hier sehr rasch eingriff.

In Košice demonstrierten etwa 1.200 Studenten, denen sich kriminelle Elemente anschlossen, es gab aber Losungen

gegen die öffentliche Sicherheit, die Gestapoleute usw. geschimpft wurden. Die Demonstration wurde auseinandergetrieben. In Prazov versammelten sich etwa 400 Menschen, in Kilius und Banska Bystrica verlief alles insgesamt ruhig. In Nitra wurden Losungen gegen die UdSSR standiert. In Trenčin und Stara Tura verlief ebenfalls alles ruhig (ohne Eingreifen der öffentlichen Sicherheit).

In Bratislava konzentrierten sich einige Tausend Menschen auf einen Platz und riefen nur sowjetischen Kommandanten. Es wurden 32 Angehörige der öffentlichen Sicherheit verletzt, festgenommen wurden 19 Personen. Gegen 2,00 Uhr nachts (am 29.3.1969) herrschte bereits Ordnung. Auf dem gesamten Territorium der CSSR kam es zum Vandalismus: fast alle Denkmäler zum Gedenken an die im II. Weltkrieg gefallenen sowjetischen Soldaten wurden zerstört.

Der Botschafter der UdSSR in Prag, Gen. TICHARVONKHO, übergab der Regierung der CSSR eine sehr scharfe Verbalnote. (Einige sowjetische Kommandeure waren schon bereit einzugreifen, nahmen jedoch im letzten Moment von einem Eingreifen Abstand. Für Ostern werden jedoch auf dem gesamten Territorium der CSSR Demonstrationen der Jugend gegen die sowjetischen Soldaten vorbereitet). Die Regierung der CSSR hat die Note erörtert und die Regierung der GDR beauftragt, alle darin enthaltenen Forderungen zu realisieren:

1. Gewährleistung der Sicherheit aller sowjetischen Vertretungen und Objekte in der CSSR, der Truppen, der sowjetischen Bürger und von Aeroflot.
2. Beseitigung aller Schäden und sofortige Durchführung der erforderlichen Reparaturen.
3. Gewährung von Schutz für jeden Sowjetmenschen in der CSSR.

Der Vorsitzende der Regierung der GDR verhandelte mit dem Präsidenten der Republik Gen. SVOBODA und dem Vorsitzenden der Regierung der CSSR Gen. CERNIK. Der Präsident Gen. SVOBODA ordnete an, entsprechende Maßnahmen zur

Sicherung aller sowjetischen Objekte und Bürger sowie gegen eine Wiederholung der Ereignisse in der Nacht vom 28. zum 29.3. d.J. auf dem Wenzelsplatz in Prag durchzuführen. Gleichzeitig ordnete er die Bewachung dieses Platzes an. Die Verhandlungen dieser Staatsminister hatten dann auch eine Erklärung und im Fernsehen und im tschechoslowakischen Rundfunk zur Folge (verlesen in den Abendnachrichten).

Nach den Äußerungen des Gen. Oberst POBURNY sind die führenden Genossen über den Zustand der Sicherheitsmaßnahmen beunruhigt, die antisowjetische Tumulte unmöglich machen sollen. Deshalb hat der Präsident der Republik entschieden, daß das Ministerium für Nationale Verteidigung eine Anzahl militärischer Einheiten für evtl. Eingriffe durchführt. Die Befehle für diese Eingriffe gibt Genosse USNIK. Weiter sagte Oberst POBURNY, daß es "eine so ernste Situation noch nicht gegeben hat". Es kam zu direkten Angriffen auf die sowjetischen Truppen und zu feindlichen Äußerungen gegen die UdSSR. Es bestehen Befürchtungen, daß es zu Rückfällen langwierigen Charakters kommen kann (siehe Hinweis auf die sowjetischen Garnisonen, die für die Osterfeierstage vorbereitet werden). Im MAI der CSSR besteht deshalb zu 3 Bereitschaft, in den BV des Korps für Nationale Sicherheit 100 % (Stand von 19.00 Uhr am 29.3.1969).

Für die I. Verwaltung des MAI wurde (nach Vereinbarung mit Gen. VASER) folgendes festgelegt:

1. Nachrichtendienstlich der Abwehr zu helfen - Verfolgung von Signalen, um feindliche Aktionen paralisieren zu können,
2. Die Sicherung der eigenen Objekte durchzuführen (Postlegung von Reservem, des Schutzes) und
3. Weitere Reservem vorbereiten zu haben (für den äußersten Fall).

Im MAI der CSSR wird am 30.3.1961 ein Operativ-Stab geschaffen (ähnlich wie bei der Beisetzung von J. PALACH).

(Um 13.00 Uhr am 20.3.1969 wird eine Beratung aller
Leiter der I. Verwaltung des MfI bei ihren Leitern sein.
Ab 13.00 Uhr erfolgt ebenfalls 100 prozentige Erreichbar-
keit und 10 % der Mitarbeiter in Einsatzbereitschaft
an den Arbeitsstellen).

(Die Gebietsabteilungen der tschechoslowakischen Aufklärung -
in den Bezirken - wurden den Leitern der IV des Korps für
Nationale Sicherheit zur Verfügung gestellt, jedoch aus-
schließlich zur Erfüllung nachrichtendienstlicher Aufgaben,
keinesfalls für Eingriffe).

29.3.69

Überreicht: *Quelle*
3. Kopie. *Hptm.*
2.4.69

Verteilt:
1. *Quelle*
2. *Quelle*
3. *MfI*

Übersetzung aus dem TschechischenBSTU
0182

Referat des 1. Sekretärs des ZK der KPC Gen. Alexander Dubcek auf der Partei- und Dienstaktivtagung des Ministeriums des Innern der CSSR, der CSR, der SSR, der Bezirksverwaltungen des Korps der Nationalen Sicherheit und des Stabs der Zivilverteidigung des Staates, die am 19. Februar 1969 stattfand

Werte Genossen und Genossinnen,

Ich möchte einleitend sagen, daß der Sinn der heutigen Aktivtagung darin besteht, das weitere Vorgehen bei der Erfüllung der November-, Dezember- und Januarrevolution auf eurem Sektor zu bestimmen. Wir wollen euch sagen, welche Pläne die Führung hat, wie wir einige gegenwärtige Probleme betrachten, welche Forderungen, Ansichten wir hinsichtlich eurer nicht leichten, komplizierten Arbeit haben.

Wir wollen euch und durch euch allen Angehörigen der Bestandteile des Ministeriums des Innern für ihre aufopferungsvolle und disziplinierte Arbeit danken, die sie in den vergangenen Monaten nach der Konsolidierung unseres Staates und seiner sozialistischen Ordnung, für die Festigung der öffentlichen und rechtlichen Ordnung unseres Landes vollbracht haben.

Uns ist ganz klar, daß die komplizierte Entwicklung im vergangenen Jahr sowohl im Zentrum, als auch in den Bezirken, Kreisen und Orten, außerordentliche politische und moralische Ansprüche an sie gestellt hat. Genosse FELŠAR hat einige Fragen zur Sprache gebracht. Um so mehr, da zum Unterschied von den eindeutigen Stellungnahmen des Zentralkomitees der KPC und der Regierung der Republik verschiedene Elemente und Kräfte gegenüber den Sicherheitsorganen als Ganzes das Bemühen an den Tag legten, diese bedeutenden Machtinstrumente des Staates zu diskreditieren. Um so mehr schätzen wir, daß die Sicherheitsorgane als Ganzes fest auf den Positionen des Sozialismus

und der Partei standen und daß ihre Angehörigen ehrenvoll in den schwersten Prüfungen bestanden haben, wofür ihnen zu Recht der Dank und die Anerkennung der Partei und auch unseres werktätigen Volkes gebührt.

In der heutigen dynamischen Zeit darf man jedoch nicht bei dem Erreichten stehenbleiben. Wenn wir bestehen, neue Aufgaben und Forderungen erfüllen wollen, müssen wir systematisch die Entwicklungstendenzen in unserer Gesellschaft analysieren, zwischen dem unterscheiden, was wesentlich, bestimmend, langdauernd ist und dem, was zufällig und vorübergehend ist, Teil- und Momentanelemente nicht verabsolutieren, sondern hinter ihnen das sehen, was sich - wenn auch mit Schwierigkeiten und Umwegen - als objektive Notwendigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung und Prozeß der weiteren Entfaltung unserer sozialistischen Gesellschaft durchsetzt.

Die Durchsetzung eines solchen Vorgehens ist nicht nur für das richtige Begreifen und für die Realisierung der Politik der Partei entscheidend, sondern auch für die Leitung der Tätigkeit auf allen Gebieten, nicht nur beim Blick in die Vergangenheit, sondern auch in die Zukunft, um den es uns vor allen Dingen gehen muß.

Auf eurer Novemberaktivtagung hat sich der Gen. CERNIK mit der Nachjänner-Entwicklung und seiner Einschätzung, der Erläuterung und der Begründung der Resolution des Novemberplenums beschäftigt, die - wie wir informiert sind - alle Parteiorganisationen auch in den Bestandteilen des Ministeriums des Innern unterstützt haben. Ich glaube deshalb, daß es zweckmäßig sein wird, wenn ich in meiner Rede den Aufgaben von Gegenwart und Zukunft die Aufmerksamkeit zuwenden werde.

In der Partei ist es heute ohne Frage - wenn wir die extremen Ansichten beiseite lassen -, daß die einstimmig angenommenen Beschlüsse der letzten Tagungen des Zentralkomitees eine politische Grundlage für die Konsolidierung sowohl innerhalb des Landes, als auch in Bezug zu unseren Verbündeten geben. Die Erfüllung dieser Beschlüsse ermöglicht es, die Aktionseinheit

der Partei zu erreichen, ihre Verbindung zu den breiten Schichten aufrechtzuerhalten, herangereifte Probleme zu lösen, die in unserer Gesellschaft auf dem Gebiet des staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Aufbaus entstanden sind, eine klare Antwort auf die Frage zu geben, wie weiter vorzugehen ist. Das Problem, das vor uns steht, besteht darin, wie die allgemeine Zustimmung in eine einheitliche Aktion zu verwandeln ist, wie die organisatorische Arbeit bei der Realisierung dieser Aufgaben zu verbessern ist, wie sie weiter zu entfalten und zu vertiefen, zu präzisieren und zu konkretisieren sind, wie Einsichtigkeiten zu begegnen ist, ihrer Auslegung, wie sie unter den Menschen gegen oppositionelle und feindliche Strömungen zu verteidigen sind, wie sie in voller Gesamtheit und mit den Methoden zu verwirklichen sind, die ihren politischen Sinn und Inhalt entsprechen.

Der Grundgedanke - ich würde sagen der rote Faden - der angenommenen Dokumente des Zentralkomitees und der Kern des taktischen Vorgehens der Partei seit dem August besteht darin: auf die Positionen, die durch die Beschlüsse des Zentralkomitees der Partei zum Ausdruck gebracht worden sind, die Partei als Ganzes und die entscheidende Mehrheit unserer gesamten Gesellschaft führen. Wir streben eine positive Überzeugungsarbeit an und sind unter Ausnutzung der gesamten Nachjänner-Autorität der Partei bestrebt, in Bewußtsein der Gesellschaft die Folgen des vorjährigen August zu überwinden, in den Menschen die Überzeugung von der Richtigkeit der grundlegenden strategischen Orientierung auf die Sowjetunion zu erneuern, in den Menschen, insbesondere bei der jungen Generation die Gewißheit zu festigen, daß die Deformationen und Starrheit der Vorjänner-Periode bzw. noch frühere Deformationen unserer Gesellschaft nicht wiederkehren werden. Es geht uns darum, in der Praxis zu beweisen, daß sich die Partei davon befreit, was an der Nachjänner-Politik schwarzotzt hat, daß sie aber das Entscheidende, Positive und Wesentliche von dieser Politik bewahrt und verwirklicht. Wenn ich von der Nachjänner-Politik spreche, meine ich selbstverständlich die offizielle Politik des Zentralkomitees der KPČ,

der Regierung der Republik, die von allen fremden Tendenzen befreit ist, die an der komplizierten Periode, die die Partei überwunden hat, versuchten zu schmarotzen.

Von Anfang an ist uns auch klar, daß eine solche Politik schwerer ist, mehr Zeit, viel Überzeugung erfordert und vielen scheint es manchmal, daß das Überflüssig ist und auch die Notwendigkeit einiger Umwege mit sich bringt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen jedoch, daß sich diese Politik als die richtige bestätigt hat. Sie ermöglicht es, großen Erschütterungen aus dem Wege zu gehen, eine Konsolidierung auf vielen Gebieten zu erreichen, die notwendige und für die Politik der Partei entscheidende enge Verbindung der Partei mit der gesamten Gesellschaft zu bewahren und die Voraussetzungen für die weitere sozialistische Entwicklung unseres Landes zu schaffen. Damit ihr mich richtig versteht: nicht im geringsten überschätzen wir die bisherigen Ergebnisse der Konsolidierung und uns ist ihre Bedingtheit klar. Man kann das aber auch nicht überschätzen. Es geht darum, daß wir die richtigen Methoden und Formen wählen, die richtige Taktik festlegen, auf welche Art und Weise wir die Partei und die Nationen unseres Staates durch die komplizierte Periode führen. Wir wissen, daß die gesellschaftliche Spannung in unserem Lande andauert und daß wir - auch wenn es zu einer bestimmten Minderung gekommen ist - ihre grundlegenden gesellschafts-politischen Ursachen noch nicht beseitigt haben, die diese permanente Spannung erzeugen und wiederholt politische Krisen hervorrufen. Wir sind uns auch darüber im klaren, daß wir, solange wir diese Ursachen nicht beseitigen, auch keine vollständige Konsolidierung erreichen, die für die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft erforderlich ist. Man muß sich jedoch darüber im klaren sein, daß das nicht eine Arbeit für einen, zwei Tage, eine Woche oder einen Monat ist. Man darf nicht die Nerven verlieren. Wenn man das taktische Vorgehen der Partei so begreifen würde, daß die grundlegendsten Probleme der Gesellschaft, Partei und Wirtschaft in einem Zuge zu lösen sind, oder durch einen Beschluß, dann würden wir einem großen Irrtum unterliegen.

Das erfordert ein sehr durchdachtes Vorgehen der Partei, Regierung und der übrigen gesellschaftlichen Organisationen in der Einheit und auf der Plattform der Nationalen Front. Wir sind der Ansicht, daß es auf der Grundlage der erreichten Ergebnisse unter Unterstützung, heute kann man bereits sagen der entscheidenden Mehrheit der Öffentlichkeit, möglich ist, diese Ursachen politisch zu lösen und sich damit die Möglichkeit für die weitere positive Arbeit, für die Lösung der herangereiften Probleme der Gesellschaft zu öffnen.

Wenn wir den Charakter und die Tendenzen der Zusammenstöße und Konflikte analysieren, die die Realisierung der Beschlüsse der letzten Plena des Zentralkomitees der Partei begleiten, wenn wir die ganze Kette von Aktionen und Gegenaktionen rekapitulieren, die den positiven Schritten der Partei folgten, tritt aus dem bunten Mosaik dieser Ereignisse die klare politische Verschiebung im Bewußtsein und in der Haltung unserer Gesellschaft hervor. Das entscheidend Auftreten der Partei- und Staatsführung gegen die Aktionen, die die Aufmerksamkeit von den positiven Lösungen, die vom Zentralkomitee und der Regierung der Republik aufgestellt worden sind, führte dazu, daß eine neue politische Differenzierung sich abzeichnen begann. Erstmals seit dem vergangenen August hat sich ein gesellschaftlicher Konflikt zwischen dem Kurs des ZK der Partei und dem oppositionellen Strömungen abgespielt und die Gesellschaft verstand ihn vor allen Dingen als einen inneren Konflikt. Zum ersten Mal erhielt er die Form eines Konfliktes zwischen der entscheidenden Mehrheit der Menschen, die die Möglichkeit eines ruhigen Lebens und der schöpferischen Arbeit wollen und brauchen, und den oppositionellen Tendenzen und Bemühungen, eine andere, vom Zentralkomitee der Partei abweichende politische Plattform zu schaffen, die sich bis jetzt in dem breiten Strom, ich würde sagen der politischen Einheit versteckt haben. Das ist eine sehr bedeutende und ernste Feststellung, deren wir uns bewusst sind - heute bereits der entscheidende Teil der Partei und unserer Gesellschaft. Die Entwicklung bestätigt die Berechtigung unseres Vorgehens in den vergangenen Monaten, die Berechtigung

dafür, daß wir unsere Kräfte und Energie nicht gescheut haben, um die Schwankenden und Misstrauischen davon zu überzeugen, daß der Weg, den das Zentralkomitee nach dem August gewählt hat, der einzig mögliche und richtige ist, sondern daß wir den Menschen auch die erforderliche Zeit gegeben haben, sich an den eigenen Erfahrungen überzeugen zu können, daß das Vorgehen des Komitees der realste Weg ist, daß er den erforderlichen Raum für ihr Leben und die Arbeit, für die Geltendmachung ihrer Interessen, für die allmähliche Realisierung der positiven Seiten der Nachjanuarpolitik des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei schafft.

Die genannte Verschiebung auf unserer politischen Bühne gibt gleichzeitig der Parteiführung die Möglichkeit, auf der Grundlage und im Sinne des Beschlusses des Januarplenums weitere entscheidende Schritte zur Beschleunigung der Konsolidierung, zur Isolierung der extremen Kräfte und zur Entfaltung der Arbeit in Geiste des vom Zentralkomitee und der Regierung der Republik festgelegten Vorgehens zu unternehmen.

Die Lösung der Ursachen der andauernden politischen Spannung und der Atmosphäre der Unsicherheit und des Schwankens macht es vor allen Dingen erforderlich, daß wir auf den Prinzipien des demokratischen Zentralismus die Aktionseinheit der Partei und ihre führende Rolle in unserer Gesellschaft stärken.

Zweitens muß auch das Prinzip des demokratischen Zentralismus der gesamten Tätigkeit der Nationalen Front und ihrer Bestandteile verstärkt werden.

Drittens müssen wir die Rolle aller Staatsorgane festigen und die konsequente Einhaltung der Gesetze sichern, die Stärkung einer bewaffneten Disziplin erreichen. Viertens erfordert die Lage, daß wir die Kanäle verschließen, durch die in unsere Öffentlichkeit weiterhin spontane Kampagnen und Nervosität getragen werden und daß wir tatsächlich die ideologische Tätigkeit in Geiste des Marxismus-Leninismus aktivieren. Nicht zuletzt ist es für uns erforderlich, die Beziehungen zu unseren sozialistischen Verbündeten, besonders zur UdSSR, zu normalisieren und zu sichern, daß die CSSR als untrennbarer Bestandteil des sozialistischen Systems vollständig und aktiv auf

der Grundlage der Souveränität ihre Teilnahme sowohl am gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus, als auch bei der Sicherung der nationalen und staatlichen Interessen zur Geltung bringt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang eindeutig sagen, daß diese unsere Position nicht nur aus der Periode nach dem August hervorgeht, sondern daß sie die grundlegende politische Richtlinie der Partei in dem gesamten Zeitabschnitt seit dem Januar 1968 ist, die bereits im Aktionsprogramm unserer Partei zum Ausdruck gebracht worden ist. Viele wollen das nicht sehen, oder sie ignorieren das. Diese in der Nachjanuar-Periode angenommenen Grundprinzipien sind und werden auch in Zukunft der Pfeiler unserer Innen- und Außenpolitik sein. Deshalb auch gab es zwischen uns und der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern niemals Widersprüche in Bezug auf den Warschauer Vertrag und seine Rolle, bei der Frage der Mission und Stellung des RGW, bei der Beurteilung der deutschen Frage, in der Haltung zur internationalen Beratung der kommunistischen Parteien, sowie auch bei weiteren prinzipiellen Fragen unserer internationalen Außenpolitik oder der internationalen kommunistischen Bewegung. Deshalb war es auch möglich, daß sich beide Seiten auf das Bemühen einigten, durch eine Vereinbarung die entstandene Krise zu lösen, die Aufmerksamkeit nach vorn zu richten - und das wollte ich betonen - und die Anstrengungen zu ihrer definitiven Überwindung zu vereinen.

Wir sind überzeugt, daß wir die erforderlichen Voraussetzungen für die Beschleunigung der politischen Konsolidierung haben. Wir haben sie in dem Wunsche der entschiedenen Mehrheit der Menschen, daß endlich die praktischen Aufgaben der Wirtschaft, des Staatsaufbaus usw. in den Vordergrund gelangen sollen. Wir haben sie auch in der Hinsicht, daß die Partei und die Mehrheit der Öffentlichkeit ein entschiedenes Vorgehen gegen die Extreme verlangt.

Wir können uns allerdings keinen Illusionen hingeben, daß es um eine leichte Angelegenheit geht, die man mit einem Beschluß oder irgendeinem administrativen eindeutigen Eingriff lösen kann.

Entscheidend ist vor allen Dingen die Festigung des Vertrauens der Menschen zur Partei und ihrer Politik. Deshalb müssen wir sie durch unsere gesamte politische Praxis überzeugen, daß die Partei nicht nur alle positiven Werte der Nachjänner-Politik des ZK der KPC - Föderalisierung, ökonomische Reform, Aktivität der Nationalversammlung, Rehabilitierung der Bürger, Festigung der Gesetze und Bürgerrechte, Raum und Bedingungen für die Entfaltung der sozialistischen Demokratie, für die schöpferische, entschlußkräftige und qualifizierte Arbeit auf allen Gebieten - realisiert, sondern auch weiterentwickelt. Diese und andere Probleme, die gelöst werden mußten und die in vielen noch ganz zu lösen sind, kann die Partei keinen anderen überlassen, sondern sie muß an der Spitze ihrer Lösung stehen. Mit der politischen Arbeit müssen wir jedoch die Menschen auch davon überzeugen, daß die Partei nicht zu den Methoden zurückkehren wird, die die Menschen für innerabgelehnt haben und niemals mehr annehmen werden.

Den Kampf gegen die oppositionellen rechten Strömungen als die Hauptgefahr führen ^{wir} und werden wir im Namen und im Interesse der Nachjänner-Politik des ZK der KPC führen, indem wir auch bedenken, wie diese Tendenzen aus den Befürchtungen der Menschen vor einer Rückkehr der überlebten Methoden Nutzen ziehen und wie sie jedes Anzeichen oder jede Erscheinung der Methoden ausnutzen, sei sie auch durch sonst etwas motiviert.

Dieser Kampf, der vor allen Dingen ein Kampf um die Gewinnung und Überzeugung der breiten Schichten ist, ist für uns begrifflicherweise mit der Isolierung und der Überwindung des Drucks der negativen oppositionellen Strömungen verbunden, die mit einer anderen, absteckenden politischen Plattform ankommen möchten. Diesen Tendenzen ist bei aller Verschiedenheit ihrer Konspiration und Argumentation das gemein, daß sie die Politik der Partei und ihr Vorgehen insgesamt oder in wesentlichen

Teilen ablehnen und daß sie versuchen, ihre Tätigkeit so er
auch außerhalb des Rahmens der Parteiorgane und der Nationalen
Front zur Geltung zu bringen. Das beinhaltet auch der Beschluß
des Präsidiums des ZK der KPC vom 5. Februar 1969. Ich will sie
nicht wiederholen, aber ich möchte klar und eindeutig sagen,
daß die Partei- und Staatsführung fest entschlossen ist, diese
Tendenzen abzuwehren, nicht zuzulassen, daß die Gesellschaft
wiederum in einen solchen Krisenzustand gelangt; daß sie ent-
schlossen ist, den Partiestatus und den Gesetzen dieses Landes
lauf zu lassen und nicht zu erlauben, daß verschiedene spontane
und abenteuerliche Aktionen der Vorbereitung verschiedener Flug-
blätter und Druckerzeugnisse, von welcher Seite sie auch kommen
mögen - und wirklich kommen sie von verschiedenen Seiten - das
einheitliche Vorgehen der Partei und ihrer Organe stören, die
Partei und das Land immerfort zurückreißen. Wir sind überzeugt,
daß auch die Kommunisten in den Sicherheitsorganen den Vorgehen
des ZK der KPC ihre Unterstützung geben werden.

Für die Hauptgefahr halten wir, in Übereinstimmung mit der No-
vemberrevolution, die antisozialistischen Kräfte, auch wenn
diese keinen Umsturz im sozialistischen Aufbau bringen können,
die Kräfte, die sich auf die Überbleibsel der kapitalistischen
Vergangenheit, als auch auf die Unterstützung und Inspiration
von imperialistischen Lager her stützen. Im Rahmen der Partei
sehen wir die Hauptgefahr der rechtsgerichteten Tendenzen,
weil sie grenden und feindlichen Ansichten den Weg freimachen,
den Einfluß und die Tätigkeit der antisozialistischen Er-
scheinungen zu Hause oder im Ausland ignorieren oder nicht richtig
abschätzen, objektiv die Konsolidierung, die Erfüllung der be-
reits angenommenen Aufgaben zur Sicherung der Entwicklung un-
serer Gesellschaft erschweren. Jedoch einen wirkssamen Kampf gegen
diese Tendenzen zu führen, ist vor allen Dingen eine politische
Aufgabe, keineswegs eine administrative-machtmäßige Angelegenheit.
Wenn wir es zuwegebringen, durch eine überzeugende Argumentation
die Unrichtigkeit dieser Ansichten, ihre Ausweglosigkeit und
Abenteuerlichkeit, ihren Gegensatz zu den tatsächlichen Interes-
sen und Bedürfnissen der Menschen, die Unfähigkeit, eine konkrete
Lösung für die praktische Arbeit, zu entlarven, wenn wir beweisen,

daß sie den Menschen keine Auswege geben, dann wird es möglich sein, sie zu isolieren und ihren Einfluß zu liquidieren. Wir sind jedoch entschlossen - und die Regierung hat das auch erklärt, daß unser sozialistischer Staat gegenüber feindlicher und subversiver Tätigkeit nicht wohlwollend sein wird. In Bedarfsfälle werden wir die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen anwenden.

Wir werden konsequent auch gegen das Wiederaufleben von sektiererischen und dogmatischen Haltungen kämpfen, die zur Isolierung der Partei von den Werktätigen führen. Auch diese Seite können wir nicht ignorieren. Deshalb hat darauf auch das Novemberplenum des ZK unserer Partei eindeutig verwiesen. Das Verharren einiger falscher Vorjanuar-Methoden, die Obrighkeitsbeziehung zum Volk, die Unbeweglichkeit in der politischen Arbeit, rufen bei den Menschen Befürchtungen an der Beibehaltung des Nachjanuarkurses des ZK der KPC hervor, zu dem sich eindeutig das Novemberplenum des ZK der KPC bekannt hat, was eine Konzentrierung der Aufmerksamkeit auf die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben erschwert. Solche Ansichten werden in den verschiedenen illegalen Broschüren, Flugblättern und Druckerzeugnissen verbreitet, die nichts mit dem offiziellen Vorgehen der Parteiorgane und der Politik der Partei gemein haben. Das ist auch eine der Methoden, wie in die Partei ständig neue und neue Unklarheiten und Fragen, Bemühungen, gegen den Funktionär Partei zu ergreifen, Versuche, das Vertrauen der Partei und der Massen zur gegenwärtigen Partei- und Staatsführung¹⁾ hineingetragen werden. Auch das bewirkt Schwierigkeiten, aber ich erlaube mir mit voller Ernsthaftigkeit zu sagen, daß auch diese Pläne nicht von Erfolg gekrönt sein werden. Mit dem Verbreiten von illegalen Druckerzeugnissen können wir uns nicht versöhnen. Das Präsidium des ZK der KPC hat deshalb am 5. Februar den Beschluß angenommen, in dem es die Beunruhigung über die Menge und Auflage dieser Druckerzeugnisse zum Ausdruck gebracht hat, darüber, daß sie auch bis in die Parteiorganisationen

1) zu stören

verbreitet werden und daß man vorläufig wenig wirksam gegen sie vorgeht. Deshalb ist der Gen. FEJMAN beauftragt worden, erforderliche Maßnahmen zum Intensivieren, Herausfinden der Quellen ihrer Herstellung, Distribution und des Auftretens einzuleiten. Das Präsidium hielt es für notwendig, daß die Angehörigen des MLI mit einem Befehl auf diesen Zustand aufmerksam gemacht werden. Wir erwarten, daß die angenommenen Maßnahmen zu einer Besserung führen werden.

Die Politik der Partei ist und bleibt auf der Durchführung der politischen, vor allen Dingen der Überzeugungsarbeit begründet. Wir können jedoch nicht zukünftig schweigend berücksichtigen, was Spannung in unsere Gesellschaft bringen wird, wir können unverantwortlichen Tendenzen, die gegen die Politik der Partei auftreten, keinen Raum lassen. Das Zentralkomitee ist entschlossen, nach dem geltenden Statut erforderlichen Schritte zu realisieren, damit seine Beschlüsse erfüllt werden und es das einheitliche Vorgehen gemäß den Beschlüssen des Zentralkomitees des ZK einhält. Die Staatsorgane werden dafür sorgen, daß die Gesetze, das Recht und die geltenden Vorschriften angemessen eingehalten werden. Die Partei wird ihnen dabei volle Unterstützung gewähren.

Das Fundament unserer Politik ist die Novemberresolution des ZK-Plenums der KPC, in der wir die negativen Erscheinungen in der Nachjannarentwicklung aufgeweigt haben, von denen man das Hauptsächliche, Wesentliche säubern muß, den wir nach dem Januar unsere Anstrengung gewidmet haben, was für die weitere Entwicklung bestimmend war und ist, was seit dem Januar die grundlegende sozialistische Richtung unseres Prozesses bestimmt hat. Dieses Grundlegende, was an das Aktionsprogramm anknüpft, ausgedrückt im programmatischen Teil der Resolution vom November, ist auch weiterhin der bestimmende Inhalt unserer Politik und auf diesen programmatischen Teil muß man unsere Aufmerksamkeit richten. Damit will ich klar sagen, wie ich das bereits im ersten Teil erwähnt habe, daß wir mit jenen Extremen fertig werden müssen, die wir im Auge

haben. Soll die Partei und die Gesellschaft vorwärtsgen und eine einheitliche Plattform für die Vereinigung der Kommunisten und aller Menschen suchen, die eine ehrliche und aufrichtige Beziehung zu unserem sozialistischen Aufbau, zu unserem Heimatland, zu den Völkern der UdSSR und zu den internationalen Grundlagen des Aufbaus unserer Partei haben, dann ist das eine Plattform von positiven Ausgangspunkten, auf die das Zentralkomitee hingewiesen hat, auf denen man sich vereinigen muß und die man praktisch verwirklichen muß, damit sich unsere Partei und unsere Gesellschaft vorwärtsbewegt. Deshalb betont auch die Novemberresolution des ZK der Partei diese positiven Ausgangspunkte als für das weitere Vorgehen des sozialistischen Aufbaus entscheidend.

Auch den Kampf gegen die negativen Erscheinungen müssen wir als Verteidigung der Bedingungen für die Verwirklichung dieser positiven programmatischen Aufgaben begreifen. Gerade in diesem Sinn hat das ZK noch vor dem August nicht nur einmal die Nichtzustimmung und den Widerstand gegen die Tendenzen zum Ausdruck gebracht, die mit verschiedener Intensität in der Nachjanearentwicklung in Erscheinung traten, ob es bereits um die Schwächung oder mancherorts sogar um die Leugnung der führenden Rolle der Partei ging, um die Angriffe auf die Existenz der Volksmilizen, um die Bemühungen, die Sicherheitsorgane zu schwächen und zu verleunden - ich denke hier insbesondere an den März, April, Mai - sowie die Tätigkeit der Justiz, und um die Versuche, eine oppositionelle politische Kraft zu schaffen, um die Versuche der Sozialdemokratie bis hin zur Tätigkeit der verschiedenen RAMBOULEKS usw. Diese Sachen sind nicht neu, das ZK hat keineswegs erst nach dem August auf sie verwiesen, sondern eindeutig in der gesamten Nachjaneuar-Periode. Diese negativen Tendenzen, über die ich gesprochen habe, haben tatsächlich auch vor dem August existiert, auch wenn das nicht die Kräfte waren, die die Entwicklung bestimmten. Das nicht zu begreifen, würde nach unserer Ansicht bedeuten, nicht richtig einschätzen, oder völlig die Kraft unterschätzen, die bei uns die Arbeiterklasse,

die bewaffneten Körperschaften des sozialistischen Staates usw. haben. Man muß sehen, daß diese negativen Kräfte und Tendenzen dagewesen sind, daß sie nicht irgendeine nachträgliche Erfindung sind, die erst nach dem August zur Welt gekommen wäre. Diese Tatsache hat das Zentralkomitee nicht versteckt, es versteckt sie nicht und wird sie nicht verstreken, weil man diese Tendenzen als Tendenzen einer fremden Seite, fremd der Nachjannuarpolitik, real sehen muß und deshalb werden wir ihnen überall und entschieden politisch, und wo es unerlässlich ist auch nachträglich, entgegenzutreten. Wir werden nicht mittels "Aufklärungsgesprächen" wirken und arbeiten, sondern dort, wo es erforderlich sein wird, auch nachträglich unsere sozialistische Entwicklung sichern.

Für die Schlüsselfrage einer beschleunigten Konsolidierung des Landes hält das Präsidium des ZK der KPC in seinem Beschluß vom 5. Februar, der auf innerparteilichem Wege für die Vorbereitung der Jahresmitgliederversammlungen herausgegeben worden ist, die Festigung der Aktionseinheit und der führenden Rolle unserer Partei. Wir verstehen, daß in der Partei verschiedene, manchmal bis entgegengesetzte Ansichten zu verschiedenen Fragen der Politik der Partei, zu ihrer Taktik im vergangenen Zeitraum, nach dem 21. August 1958, existieren können und existieren. Es gibt Kommunisten, die alles Gesunde und Positive, was die Entwicklung nach dem Januar gebracht hat und woran wir in der gegenwärtigen Politik anknüpfen, nicht sehen wollen, und so ignorieren, verschweigen und faktisch ablehnen. Die entschiedene Masse der Parteimitglieder und die breite Öffentlichkeit billigt ein solches Vorgehen nicht, nimmt es nicht an und wird es nicht annehmen. Jedoch gibt es auch Menschen, die umgekehrt vorgehen: in der Nachjannuarpolitik leugnen sie auch die Mängel, auf die die Parteiführung offen in der Novemberresolution hingewiesen hat, indem sie sich auch auf die Schlußfolgerungen des Plenums des ZK der Partei gestützt hat.

Wer jedoch auf der Position der Novemberresolution stehen will, muß sich darüber im klaren sein, daß das auch bedeutet, die Kommunisten nicht nach den vergangenen Haltungen einzuteilen und zu klassifizieren, sondern sie nach dem zu beurteilen, wie sie die praktischen Aufgaben des weiteren Vorwärtsschreitens, das in den Schlussfolgerungen des ZK der KPC zum Ausdruck gebracht worden ist, lösen. Es gilt insbesondere, daß die Haltungen in der Zeit der Augustereignisse - meiner Ansicht nach - kein Grund zur Klassifizierung und vor allen Dingen zur Verfolgung der Kommunisten sein sollten, die vorher durch ihre Arbeit in der Partei, durch ihre Beziehung zur UdSSR und zu ihrem Heimatland und in der Tätigkeit in den Sicherheitsorganen klar ihre Haltung zum Ausdruck gebracht haben. Vom Gesichtspunkt einer komplexen Einschätzung des Menschen halten wir es nicht für richtig, auf der Grundlage der Ereignisse - ich möchte sagen von einem Tag zum anderen - in der Nacht vom 20. zum 21. August die Kommunisten einzuteilen, als Kriterium den Internationalismus zu wählen, die Zuverlässigkeit, Beziehung zur Partei und zur UdSSR, ob sie sich mit dem Standpunkt des Präsidiums des ZK der KPC zum Einmarsch der Truppen identifiziert haben oder nicht. Damit ich gut verstanden werden diesen Standpunkt haben die offiziellen Organe angenommen. Wir wollen nicht offiziell darauf zurückkommen. Außerdem, daß darin bekanntgegeben war, daß wir als offizielle Organe von diesen Angelegenheiten nichts wissen, ist dort noch eine weitere bedeutende Sicherheitsanweisung, überall die verbündeten Truppen frei durchzulassen, damit es nirgends zu einem einzigen Schuss kommt! Wie soll man also jetzt auf der einen Seite die Tätigkeit der Menschen beurteilen, die gesichert haben, daß dieser Standpunkt publik wird und der anderen, die ihn verhinderten. Wie werden wir also herangehen, damit der Gerechtigkeit Genugtuung geleistet wird. Das sind keine einfachen Dinge. Man kann aus diesen Gründen die Menschen nicht mit allerlei Etiketten versehen, und zwar von beiden Seiten, weil es dann nicht mehr weit zur existenzwichtigen Verfolgung der

sehr ernsthaft nachdenken.
 zeitig sind, entspricht ein Modell. Darüber müssen wir alle
 verstanden werden. Dort, wo Auslegung und Herangehen ein-
 und die Novemberrevolution in einer Einheit und in demselben
 das ZK der Partei so, damit die Positionen des ZK der Partei
 weiterzugeben, zur Verwirklichung der Kommunisten. Deshalb betont
 Politik der Partei gezogen haben, aber gleichzeitig vor-
 nehmen Forderungen auseinanderzusetzen, die Nutzen aus der
 zu unterlassen. Es muß Hand in Hand gehen: sich mit den KX-
 und gleichzeitig Maßnahmen zu positiven Schritten nach vorwärts
 jedoch und entgegen der Bestehen, die Partei zurückzuwenden
 auch die Novemberrevolution. Manche Genossen meinen das
 vorzuziehen August erneut hervorzuheben. Das verbleibt
 der Sache nicht gleich wäre, die Frage der Haltung zum
 distanzieren haben, zu der Ansicht, das es nicht zweckmäßig und
 der KX, mit der wir über den Entwurf der Novemberrevolution
 Die Führung unserer Partei gelangte Gemeinwesen mit der Führung

Bestimmungen erfolgreich beherrscht wird.
 diese bedeutende Aufgabe der Konsolidierung unserer Arbeit
 mit der Partei endlich meint, werden wir Hand anlegen, damit
 der Republik, der Staatstrümpfung bis hin zu jedem, der es
 zur Lage haben. Alle, von der Partei, der Regierung
 vertaglichen Jahre zu kennzeichnen, das die keine Bestimmung
 heute wegen eines bestimmten Ansehens zu den Ereignissen des
 einisch ohne jegliche sachliche Argumente und Fakten einflie
 und wird es sicher auch tun. Deshalb ist es unmöglich,
 dass und den anderen sozialistischen Ländern etwas getan
 von uns hat für die Bestimmung der allseitigen Bande mit der
 jeder von uns hat in dieser Partei etwas durchgesetzt, jeder
 gemeinsamen sozialistischen Interessen bestehen, unterstützen.
 mit denen eine unternehmerische Bande verbinden, die auf den Ge-
 zu den Verbindungen, insbesondere zu den Völkern der DDR,
 Konsolidierung unserer inneren Verhältnisse und Beziehungen
 darstellen, wie die Anstrengungen des ZK der KPO um die
 der- und dann Novemberrevolution des ZK der KPO; man muß sie danach
 urteilen war, ist jetzt die Erlösung der November-, deren-
 der einzige Gesichtspunkt, nach dem man die Kommunisten be-
 Kommunisten oder zu anderen unparteilicheren Praxis ist.

Für die Festigung der Aktionseinheit der Partei und für die Stärkung ihrer führenden Rolle hat das Präsidium des ZK einen grundsätzlichen Beschluss über die Einhaltung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus in der Partei angenommen. Wir wollen weder eine nehmungsmäßig Uniformität, noch die innerparteiliche Demokratie einschränken. Jedoch werden wir uns, insbesondere jetzt in der außerordentlichen Situation, mit nichts abfinden, was das einheitliche Vorgehen beeinträchtigt und zur ideologischen, politischen oder organisatorischen Winkelzucht der Partei führt. Wir werden die ordentlichen Mitglieder, die sich aus diesen oder jenen Gründen mit bestimmten Ansichten nicht abgefunden haben, geduldig überzeugen, aber die in diesen oder jenen Funktionen eingesetzten Funktionäre sollten das Vorgehen und die Position der Partei begreifen. Die Parteimitglieder, die aktiv und öffentlich im Widerspruch zu dem Beschluss des ZK auftreten, fremde Ansichten propagieren, die Schlussfolgerungen der Novemberresolution einschränken, verschiedene ultimative Forderungen unterstützen, verschiedene Gruppierungen organisieren, die führende Rolle der Partei und die Prinzipien ihres Aufbaus revidieren oder schwächen, die Polarität der gegenwärtigen klassenmäßigen Aufteilung der Welt nicht richtig einschätzen, übersehen oder sogar ablehnen, müssen damit rechnen, daß die Parteiorgane und -organisationen sie zur Verantwortung ziehen werden.

Bei der Stärke und dem Einfluss der Partei auf die Gesellschaft ist ihre Aktionseinheit die entscheidende Voraussetzung der Konsolidierung. Gemäß dem Ergebnis der Konsolidierung wird es möglich sein, auch den Parteitag und die Wahlen so vorzubereiten, damit sie eine weitere Stärkung der Partei und des Sozialismus in unserem Land bringen.

Das einheitliche Vorgehen der Kommunisten, das wir sowohl innerhalb der Partei, als auch bei den Kommunisten in den gesellschaftlichen Organisationen, vor allen Dingen in den Gewerkschaften und bei den Kommunisten in den Massenmedien, ohne die man heute keine wirksame Politik machen kann, durchsetzen wollen, ermöglicht uns, die übrigen oppositionellen

Strömungen, die eine andere - von der des Zentralkomitees verschiedene - politische Plattform, Taktik oder Herangehen an die Lösung der Probleme der Konsolidierung und des weiteren sozialistischen Aufbaus in unserem Land suchen oder fernzulegen möchten, zu isolieren und von der politischen Bühne zu verdrängen.

Bei der Verwirklichung unserer Politik haben wir seit dem August mehr erreicht, als viele erwartet hatten. Darüber will ich nicht detailliert sprechen. Das ist nicht nur ein Beweis dafür, daß ein realer Raum für die positive und schöpferische Arbeit existiert, sondern auch dafür, daß die Führung entschlossen ist, an der Spitze zu stehen und daß in unserer Gesellschaft das entscheidende Übergewicht die sozialistischen Kräfte haben, die im Bund der Nationalen Front und unter der Führung der Kommunistischen Partei den eingeschlagenen Kurs einhalten und verteidigen und in der Praxis sichern wollen. Wir sind überzeugt, daß das Zentralkomitee dabei die volle Unterstützung auch bei den Kommunisten und Angehörigen aller Bestandteile des Ministeriums des Innern finden wird.

Genossen,

Ich habe detailliert über die Einschätzung der gegenwärtigen Lage und über die Pläne der Parteiführung gesprochen, weil es einzig und allein in diesem Zusammenhang möglich ist, eine richtige Antwort auch auf die Frage zu geben, welcher Platz heute den Organen des MfI zukommt, welches seine Hauptaufgaben sind und worin heute seine Verantwortung besteht.

Gestattet mir, vor allen Dingen klar und eindeutig zu sagen, daß die Politik des ZK der KPÖ in diesen Fragen vor allen Dingen darin besteht, einen exekutiven, zuverlässigen und hoch wirksamen Sicherheitsapparat zu schaffen, der ganz der Partei und dem Sozialismus ergeben und hochqualifiziert ist, der ein zuverlässiger Schutz der Interessen des Staates und der sozialistischen Ordnung, der Gesetze unseres Landes und der Bürgerrechte ist.

Diesem Standpunkt haben wir seit dem Januar 1968 bezogen. In diesem Geiste haben wir - die Parteiführung und ich persönlich - bereits im März auf der Stadtkonferenz in Brno die unrichtige und unverantwortliche, globale Kritik der Sicherheit und der Justizorgane als Ganzes abgelehnt. Mit diesem Standpunkt bin ich auch auf der bekannten Prager Aktivtagung aufgetreten, auf der Apriltagung der Kreissekretäre, auf dem Maiplenum und auf den bekannten Parteiaktivtagungen in Brno mit vielen tausend Teilnehmern. In diesen Zusammenhängen haben wir auch die Berichtigung der Beformationen und die Schlussfolgerungen aus den Ungesetzlichkeiten, zu denen es in den fünfziger Jahren gekommen ist, begriffen und wo bereits der XIII. Parteitag auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, diese Fragen vollends zu lösen. Es ging nicht um eine Schwächung, sondern umgekehrt um eine Stärkung der Sicherheitskorps und des Vertrauens, das sie in der Öffentlichkeit haben. In diesem Sinne hat er auch die Festlegung der konkreten persönlichen Verantwortlichkeit der ein-

selnen für die Ungesetzlichkeiten der fünfziger Jahre auf das rechte Maß gebracht und die unrichtigen globalen Thesen, die die Verantwortlichkeit von einzelnen auf die Massen der ehrlichen Mitarbeiter und Kommunisten in der Sicherheit übertragen haben, die mit diesen Sachen nichts gemein hatten und nichts von ihnen wußten, sondern ehrlich und tapfer die Erfolge des Sozialismus und unseres Volkes schützten. Dabei bleibt es eine Tatsache, daß verschiedene antisozialistische und andere Elemente, die die Rolle der Partei untergraben wollten, die Berichtigung dieser Fehler und Mängel dazu ausgenutzt haben, in der Öffentlichkeit verschiedene Angriffe und Kampagnen zu unternehmen, um Mißtrauen gegenüber diesen bedeutenden Bestandteilen unseres Staatssystems hervorzurufen.

Wir wenden deshalb nicht den politischen Mantel, wenn wir heute diese Prinzipien erneut betonen. Bei ihrer Tätigkeit zum Schutze der Republik, der Gesetze und Bürger wird unsere Sicherheit die volle Unterstützung der Partei- und Staatsführung haben. Wir waren und sind uns klar darüber, daß wir nicht im luftleeren Raum leben, daß gegen uns eine systematische feindliche nachrichtendienstliche und subversive Tätigkeit vom Ausland her organisiert wird und daß auch nicht im Lande die Einzelnen verschwunden sind, die unter dem Einfluß und offensichtlich auch in Verbindung mit dem äußeren Feind und den äußeren imperialistischen Kreisen gegen uns arbeiten. Die Bedeutung des Sicherheitsapparates als notwendiges Instrument des Schutzes der Gesellschaft gegen alle Kräfte, die sie bedrohen, steht für uns außerhalb jeder Diskussion. Das ist nicht gegen die Nachjännerpolitik des Zentralkomitees der Partei, sondern in ihrem Interesse, das ist nicht gegen, sondern im Interesse der Demokratie, denn, je mehr die feindliche Tätigkeit paralyisiert wird, desto größer kann der Raum für die demokratische Freiheit des Volkes sein.

Die Entfaltung der Nachjännerpolitik macht es erforderlich, daß unser sozialistischer Staat fest ist, daß alle Machtorgane -

die Sicherheit und die Armee, aber auch die Gerichte und die Staatsanwaltschaft - zuverlässig, qualifiziert und wirksam ihre verfassungsmäßigen Aufgaben bei seinem Schutz erfüllen. Wir schätzen die Ergebnisse, die in den vergangenen Monaten bei der Konsolidierung der Sicherheitsformationen erreicht worden sind. Wir sehen in ihnen den Ausgangspunkt dafür, bei der Festigung und Qualifizierung weitergehen zu können.

Gemeinsam mit euch ist uns die Kompliziertheit und Empfindlichkeit dieser Aufgabe bewußt, die es erforderlich macht, sowohl mit den Fehlern, zu denen es vor dem August gekommen ist, als auch mit der schweren Hypothek des Mißtrauens fertig zu werden, mit der die Vorjänner-Periode unsere Sicherheit und die Beziehung des Volkes zu ihr belastet hat. Das ist jedoch keine unlösbare Aufgabe. Ich denke, das Wichtigste dabei ist, die Verbindung der Sicherheitsorgane mit dem Volk zu stärken, das Bewußtsein, daß die Sicherheit kein Machtinstrument über das Volk, sondern ein Dienst des Volkes ist. Das erfordert, daß die Tätigkeit der Sicherheitsorgane konsequent von der Einschätzung der politischen Lage, der Tendenzen und Kräfte der gesellschaftlichen Entwicklung so ausgeht, wie sie aus den letzten Beschlüssen des Zentralkomitees hervorgehen. Eine andere politische Orientierung der Tätigkeit würde unausweichlich auch zu falschen Ergebnissen der praktischen Tätigkeit führen.

Für die Festigung der gesellschaftlichen Autorität der Sicherheitsorgane ist es auch unvermeidlich, daß ihre gesamte Tätigkeit konsequent auf dem Prinzipien der sozialistischen Gesetzmäßigkeit begründet wird und daß sie in der Öffentlichkeit das Bewußtsein der sozialistischen rechtlichen Sicherheit festigt. Ohne dessen ist eine schöpferische Tätigkeit der Menschen zugunsten der Gesellschaft nicht denkbar. Das Prinzip der Gesetzmäßigkeit erfordert, daß die Sicherheitsformationen alle Anstrengung aufwenden, damit es nicht zur Verletzung der Gesetze in Lande kommt und jede Verletzung bestraft wird, damit

sie den Schutz der öffentlichen Ordnung verstärken, hauptsächlich in Frage, aber das erfordert auch, daß die vielgestaltige praktische Tätigkeit der Sicherheitsorganisationen konsequent von dem geltenden Gesetz ausgeht, das einen breiten Raum für eine gute und wirksame Tätigkeit der Sicherheitsorgane im Interesse des sozialistischen Aufbaus und gegen alle bietet, die ihn stören möchten. Soweit Lücken existieren (z. B. in der Frage der Anwendung moderner technischer Mittel usw.) muß eine geeignete gesetzliche Regelung ausgearbeitet werden, die den Bedürfnissen dieser Tätigkeit entspreche und dabei die berechtigten Interessen der Bürger schütze. Die Bürger müssen die Gewißheit haben, daß sie wegen ihrer Ansichten nicht einer Verfolgung ausgesetzt werden, soweit sie die geltenden Gesetze nicht verletzen. Die Einhaltung der Gesetzmäßigkeit ist gegenwärtig ein fester Rahmen, in dem jeder Mitarbeiter der Sicherheit die Gewißheit und die Gewähr der vollen Unterstützung des Staates und der Partei bei seiner Tätigkeit hat und haben wird. Es ist sehr wichtig, daß die Mitarbeiter der Sicherheitsorgane solch eine Gewißheit nicht nur vom Gesichtspunkt des Heute, sondern auch für die Zukunft haben, daß das Gesetz wirklich auf ihrer Seite steht. Damit das Menschen sind, in denen unsere ganze Gesellschaft die Hüter der Erfolge des sozialistischen Aufbaus sieht und damit sie in ihrer Tätigkeit wirklich den Schutz gegenüber denen nicht, die die Interessen unseres werktätigen Volkes auf diese oder jene Art und Weise schwächen möchten.

Wir halten es für notwendig, die richtigen Beziehungen zwischen der Gesellschaft und der Sicherheit, die richtige Stellung der Sicherheit im System der Staatsorgane und ihre rechtliche Verankerung zu vertiefen. Es ist notwendig, konsequente Schlussfolgerungen aus den Tatsachen zu ziehen, daß die Mängel in der Abgrenzung der gegenseitigen Wirksamkeit und Verantwortlichkeit der einzelnen Staatsorgane in der Vergangenheit zu den Defiz-

aktionen der Tätigkeit einiger Formationen geführt haben. Das hat nicht nur der Partei, der Gesellschaft und den Bürgern geschadet, sondern auch Tausenden ehrlicher Mitarbeiter der Sicherheit.

Es sollte in keinem Falle zur Ausrichtung der Arbeit der Sicherheitsorgane auf die Lösung der inneren Fragen der Partei kommen. Wenn man dem irgendwo unterliegen würde, so wäre es dann nur noch ein Schritt zum Mißbrauch dieses Dienstes für die persönlichen Ziele von einzelnen oder Gruppen. In diesem Zusammenhang hat das Präsidium des ZK den Beschluß angenommen, der eindeutig präventive Maßnahmen verlangt, damit es in keinem Fall weder bei einzelnen noch bei Gruppen zu Versuchen des Mißbrauchs der Mittel und Instrumente der Sicherheit für Eingriffe in die innerparteilichen Probleme kommt, was notwendigerweise zu den Rückfällen der fünfziger Jahre führen würde. Alle Kräfte der Sicherheit müssen voll und ganz auf den Kampf gegen die feindlichen Nachrichtendienste und ihre Helfershelfer, gegen die feindliche Tätigkeit gerichtet sein.

In diesem Sinne messen wir dem eine große Bedeutung bei, daß in den vorbereiteten gesetzlichen Normen, die noch in diesem Jahr vorgelegt werden sollen, die Verantwortlichkeit der föderalen und nationalen Regierungen, die Stellung und die Wirksamkeit der einzelnen Formationen u. d. m. verankert werden.

Eine tatsächlich wirksame Verteidigung der Interessen des Staates und der Gesellschaft macht es auch erforderlich, anspruchsvollere Maßstäbe an die Arbeit aller Formationen unserer Sicherheit zu setzen, damit ihre Arbeit vollendeter ist als die des Feindes, gegen den sie gerichtet ist. In diesem Sinne wird es notwendig sein, mit einem hohen Anspruch der Leitung an die Qualität der Arbeit, an die Genauigkeit und Objektivität der Informationen zu rechnen. Das gilt sowohl für das Gebiet der

Staatsicherheit, als auch für das Gebiet des Kampfes gegen die allgemeine Kriminalität. Wir wissen, daß bei der systematischen Erhöhung der Qualifikation der Menschen und bei der technischen Ausrüstung der Sicherheitsorgane viel aufzuholen ist. Die, die damit arbeiten, können das gut, aber auch wir, soweit wir uns mit den Dingen bekanntmachen konnten, können eindeutig sagen, daß, wenn die Sicherheitsorgane und die Formationen nicht mit der entsprechenden Technik, einer modernen Ausrüstung, Schnelligkeit ausgerüstet werden, sie schwer die gegenwärtigen anspruchsvollen Aufgaben erfüllen können. Nämlich und allein die dauerhafte Anstrengung um einen hohen, ja wissenschaftlichen Anspruch bei der Arbeit und der Anwendung wissenschaftlicher Methoden und um die Schaffung eines konzeptionellen Verlaufs für die Lösung der praktischen Fragen kann dauerhafte Ergebnisse bringen. Dabei könnt ihr mit der Unterstützung der Parteiführung sowohl in den Fragen der materiellen Ausrüstung, als auch bei der Lösung berechtigter Forderungen an die rechtliche, arbeitsmäßige und soziale Sicherheit der Angehörigen - Mitarbeiter des Ministeriums des Innern rechnen. In keinem Fall darf es dazu kommen, daß eventuelle organisatorische Veränderungen bei den Mitarbeitern des Korps der Nationalen Sicherheit zu existenzmäßiger Unsicherheit führen.

Genossen, die Erfüllung der anspruchsvollen Aufgaben aller Formationen der Sicherheit macht es erforderlich, daß es auch auf diesem Sektor zu einer Stärkung der führenden Rolle der Partei kommt. Wir werden nicht zu der Vorjänner-Periode zurückkehren, als die Leitung der Sicherheit das Monopolprivileg einer Person, das Instrument der persönlichen Macht war und als in solch deformierter Form die Partei Aufgaben auf sich genommen hat, die ihr nicht zukommen. Wir sind überzeugt, daß in der Sicherheit politisch und fachlich reife Menschen arbeiten, die in komplizierten Perioden und Situationen ihre Ergebenheit gegenüber dem Sozialismus und ihre Parteitreu besetzt haben. Deshalb können sie auch mit voller Selbstständigkeit und Verant-

wertlichkeit - ausgehend von der Politik der Partei und in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen - auch die anspruchsvollsten Aufgaben erfüllen.

Kann wir von der Stärkung der führenden Rolle der Partei auf diesem Gebiet sprechen, meinen wir vor allen Dingen die Stärkung ihres ideologisch-politischen Einflusses in den Bestandteilen der Sicherheit. Uns ist die Kompliziertheit der Entwicklung klar, die die einzelnen Bestandteile in dem vergangenen Jahr durchgemacht haben und die Verschiedenartigkeit der Meinungsäußerungen, die dabei entstanden und noch andauern. Um so mehr schätzen wir, daß sich die Kommunisten auf der Plattform der Beschlüsse des November-, Dezember- und Januarplenums des ZK der KPdSU geeinigt haben. Jedoch auch hier gilt die Forderung, von der allgemeinen und manchmal formalen Einheit zur tatsächlichen und unformalen Einheit überzugehen, diese Resolutionen in ihrem Ganzen zu begreifen und zu verwirklichen. In diesem Sinne muß noch viel Arbeit für die tatsächliche Vereinigung aufgewendet werden. Man wird auch die Tendenzen überwinden müssen, die nach der Schaffung anderer Kriterien streben, als nach denen, die die Novemberresolution für die Vereinigung der Partei und für die Einschränkung der Arbeit der Kommunisten festgelegt hat, nicht an die Dinge und Menschen von persönlichen Gesichtspunkten, unter dem Einfluß eventuellen Unrechts usw. heranzugehen. Man wird auch bei euch in allen Organisationen - wie in der ganzen Partei - konsequent auf den Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der Verbindlichkeit der Beschlüsse und Schlussfolgerungen des ZK beharren und gegen alles auftreten müssen, was - egal von welcher Seite - das einheitliche Vorgehen der Partei verletzen würde.

Die Aufgabe der Parteiorganisationen und der Kommunisten ist es, voll und ganz die Bemühungen um die Konsolidierung und Festigung des Sicherheitsapparates zu unterstützen, aber darauf zu achten, daß diese Bemühungen nicht mit den Rückfällen der Fehlerhaften

und überwundenen Arbeitsmethoden identisch sind. Die Kommunisten und die Parteiorganisationen haben auch eine große Aufgabe in der Hinsicht, mitzuhelfen, daß das Niveau der Laderarbeit gehoben und konsequent in ihr die Kriterien der Novemberresolution angewendet werden. Es ist ausdrücklich notwendig, auch das Niveau der ideologischen Arbeit auf der Grundlage des schöpferischen Marxismus-Leninismus zu heben, weil es nur so möglich ist, wirksam den fremden und feindlichen Ansichten entgegenzutreten und gleichzeitig auch die schädliche Tendenz zu vermeiden, an alten Glauben und überlebten Methoden festzuhalten. Die Mitgliederjahresversammlungen, die jetzt stattfinden, sollten auch dazu beitragen, daß auch bei uns die Etappe der Einschlüpfung und Umwertung der vergangenen Periode abgeschlossen wird und daß sich die Kommunisten in den Organen der KdF organisatorisch und politisch in der praktischen Arbeit bei der Realisierung der letzten Dokumente des ZK der Partei vereinigen.

Werte Genossen und Genossinnen, am Schluß möchte ich noch einmal eindeutig sagen, daß das ZK der KPC die organisatorische und politische Festigung der Stellung und Aufgabe der Machtorgane in unserem sozialistischen Staat unterstützt und unterstützen wird.

Wir verstehen die Organe des KdF, die Sicherheitsorgane als ein Instrument des Staates, als Instrument seiner Macht zur Festigung der sozialistischen Ordnung und die Arbeit ihrer Angehörigen verstehen wir als eine Tätigkeit, die in den Diensten und für die Interessen des Volkes ausgeführt wird, als ein Instrument gegen alle feindlichen Kräfte, die unseren sozialistischen Aufbau stören möchten.

Gestattet mir, die Überzeugung und den festen Glauben zum Ausdruck zu bringen, daß, wenn jemand offen unsere sozialistischen Erfolge anrühren und um einen Machtkonflikt bemüht wäre, unsere

Sicherheitsorgane fest hinter der Politik der Partei und des Staates stehen werden und einen jeden solchen Versuch eine entschiedene und kompromislose Antwort geben werden.

Genossen, in einer Woche feiern wir den 21. Jahrestag des Februar, als endgültig über unseren sozialistischen Weg entschieden wurde und wie das Gen. Gottwald treffend zum Ausdruck gebracht hat - als entschieden wurde, wer wen und Gen. Gottwald eindeutig bereits damals betont hat, daß bereits jetzt durch die inneren Kräfte keine Rückkehr zum Kapitalismus mehr möglich ist. Die Sicherheitsorgane sind untrennbar mit dem Februarsieg unseres Volkes verbunden, wie das hier der Gen. Palnar erwähnt hat.

Gestattet mir, bei dieser Gelegenheit euch und durch euch auch die anderen Mitarbeiter der Sicherheitsorgane anlässlich des 21. Jahrestags des Februarsieges zu grüßen. Ich wünsche euch in den Diensten unseres Volkes und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik Erfolge in der Arbeit, ein zufriedeneres persönliches und familiäres Leben, woran es euch, wie ich weiß, in den heutigen Zeiten mangelt.

Übersetzt: Ltn. *Furchmann*

Bez. 3 Expl.

11. 3. 1969

Verteiler:

- 1. Expl. *Gen. Gener. H. Beater*
- 2. Expl. *ZAG*
- 3. Expl. *Abt 5*

J/203/68

MfS

21. DEZ. 1968

Tgb.-Nr. 3037

Weiter an:

Information zur Lage in der Verwaltung für Staats-
sicherheit Brno

Übersetzung aus dem Tschechischen

BSTU
0254

Am 23.11.1968 wurden die verschiedenen Umstände um [REDACTED] und seine vergangene und gegenwärtige Tätigkeit diskutiert. Was den K 231 betrifft, teilte [REDACTED] mit, auf welche Weise im August die Existenz des Klubs legalisiert werden sollte. Nach bedeutenden Streitigkeiten mit Prag hatte die Leitung in Brno etwa im Mai beschlossen, die Tätigkeit im Bezirksmaßstab zu entfalten. Die Genehmigung der Organisation wurde von Dr. SPACEK versprochen, und zwar in persönlicher Verhandlung mit Vertretern des K 231, unter denen sich [REDACTED] befand. Die Zusammenkunft vermittelte die [REDACTED], mit der [REDACTED] bis heute in sehr enger Verbindung ist, obwohl sie sich in der Zeit ihrer früheren politischen Tätigkeit wirklich nicht vertragen haben. [REDACTED] behauptet, daß die [REDACTED] bis heute sehr bedeutenden Einfluß im Präsidium des Bezirksausschusses der KSC hat, obwohl sie dort nicht Mitglied ist. Falls es zu Kaderveränderungen entsprechender Art kommen würde, wird mit ihr als mit der neuen Garnitur gerechnet. Auch sie bemühte sich um Durchführung von Verhandlungen, wie die Sicherheit der Mitglieder des K 231 nach den Augustereignissen zu gewährleisten ist. Sie vermittelte damals eine Zusammenkunft mit dem Leiter der Staatssicherheit STEPANEK, der der damaligen Delegation versicherte, daß im Falle der Notwendigkeit allen Mitgliedern des K 231, die ihre Auswahl empfehlen, ohne jegliche Formalitäten Pässe ausgestellt werden. In gewissem Maße wurde das auch eingehalten, und zwar so, daß es nicht zur Befolgung des vertraulichen Befehls des MdI über die Beschränkung der Bewegungsfreiheit für vier Funktionäre des K 231 kam, die ausdrücklich von Prag für eine evtl. Festnahme bestimmt waren, falls es zu einer solchen Liquidierung des Klubs kommen wird. Zwei von ihnen - ehemalige Offiziere - sind schon im Ausland. In dieser Richtung wurde auch auf der Linie der Sozialistischen Partei bei Minister KUSERA interveniert. Von dort erhielten sie die Versicherung, daß vorläufig keine Gefahr eines Monstreprozesses droht. Falls es jedoch

auf Druck Moskaus dazu kommen wird /das betrifft auch den KAN/ werden sie so verlaufen, daß die Mitglieder des Klubs so wenig wie möglich leiden.

Eine weitere Person, die die Verbindung mit dem Bezirksausschuß der KPC und zur Staatssicherheit vermittelt, ist Alfred CERNY. Wer das ist und wie er das macht, konnte nicht festgestellt werden. Eben von diesem wurde festgestellt, daß jemand vom Ausschuß des K 231, der vermutlich ständig mit ihm in Verbindung ist, die Staatssicherheit informiert. Bisher ist es jedoch nicht gelungen festzustellen, wer von den Mitgliedern des K 231 diese Tätigkeit durchführt.

Auf die Frage, was mit dem Klub geschehen wird und was man für seine politische Richtung weiter tun kann, erklärte [REDACTED] daß man abwarten müsse, wie der Kampf innerhalb der KPC ausgehen wird. Ob man schon 4 Fraktionen in Erwägung ziehen kann, wenigstens zwei von ihnen werden im Bedarfsfalle auch in diesen Kreisen Unterstützung suchen. Es ist nämlich möglich, daß es unter dem Druck der kommunistischen Weltmeinung zur Opferung Breshnew's kommen wird, der zum Schuldigen für die Okkupation der CSSR erklärt wird, und im Zusammenhang damit wird sich auch wieder die führende Garnitur der KPC verändern. Es wird dort von den heftigen Vier nicht einmal DUBCEK bleiben. Am meisten wird mit SMRKOVSKY gerechnet, falls er es gesundheitlich aushalten wird. Selbstverständlich wäre der Rücktritt von BRESHNEW auch mit dem Ende der Okkupation verbunden. Vorläufig kann man allerdings eine Tätigkeit nur außerhalb der CSSR entfalten. Zum Beispiel sind bereits BRODSKY und LANDA geflüchtet, die Landsmannschaften im Ausland sind jetzt sehr agil und auch in wirtschaftlicher Hinsicht sind sie bereit, dem Klub im geeigneten Augenblick zu helfen. In Kanada stehen jetzt zum Beispiel zwei und eine halbe Million Dollar zur Verfügung.

An die erwähnten Verhandlungen mit STEPANEK über die Pässe hat sich [REDACTED] erinnert, als er bei ihm erneut um Ausstellung seines Passes intervenierte. Das ist in der letzten Zeit geschehen und STEPANEK hat [REDACTED] angeblich erklärt: "Wenn ich als Kerl mit einem Kerl verhandeln soll, dann sage ich Ihnen offen, daß Sie einen Paß erhalten werden, sobald aus dem Ausland Ihre Gattin zurückkehrt, der wir bereits einen Paß ausgestellt

haben". Dabei hat er [redacted] den Paß gezeigt.

Was die Reise [redacted] nach Wien angeht, so ist eine fingierte Einladung vorgelegt worden. Die Person, die die Einladung ausgestellt hat, existiert zwar, aber [redacted] beabsichtigt, den Leiter der Wiener Filiale von Freies Europa SAFAR, der ursprünglich aus Brno stammt, zu besuchen und Verbindung zu ihm aufzunehmen. Mit ihm wurde auch die Vergütung der Auslagen und des Aufenthalts vereinbart. Vermutlich wird er die Situation so lösen, daß er für sehr kurze Zeit die Ehefrau nach Wien schickt und erst dann selbst fahren wird. Wegen des hiesigen Vermögens und wegen seiner alten Mutter beabsichtigt er vorläufig nicht im Ausland zu bleiben.

Was die Wahlen in den Stadtausschuß der Sozialistischen Partei betrifft, erhielt [redacted] durch Vermittlung eines gewissen [redacted] Weisung von Minister KUCERA, daß die bisher nicht rehabilitierten Mitglieder der Partei, also auch er, sich nicht um Funktionen bewerben sollen. Da er jedoch der Meinung ist, daß man auf der Plattform der Partei politischen Einfluß erringen kann, ließ er sich jetzt angeblich eine Kandidatur aufzwingen. Es wird jedoch eine Kampf Abstimmung erwartet und er weiß nicht, ob die bisherigen Funktionäre, die von der fast nicht existierenden Partei eine einträgliche Existenz hatten, seine Wahl im letzten Augenblick irgendwie verhindern.

Schließlich macht er darauf aufmerksam, daß - was die Sicherheit betrifft - die Situation in Brno vielleicht die schlimmste im ganzen Staate ist, weil mindestens 70 % der Mitarbeiter Konservative sind. Falls es also zu einer Verfolgung kommen wird, ist es wahrscheinlich, daß es in Brno beginnt und daß es hier am schlimmsten wird. Auf die Frage, was mit SLAVIK ist, erklärte er, daß es sehr verdächtig ist, daß er sofort einen Paß erhielt, obwohl gegen ihn Angriffe in der Moskauer Prawda erschienen. Nach Erlangung einer Stelle an der philosophischen Fakultät beginnt er angeblich verdächtige Verbindungen zu konservativen Elementen zu suchen. [redacted] warnt vor ihm.

Anmerkung: den Bericht sehr vorsichtig behandeln, um die Quelle nicht zu dekonspirieren.

Übersetzt: [redacted]
4 Expl. Hptm.
17.12.68

Verteiler:

- 1. Ex. [redacted] [redacted]
- 2. Ex. [redacted] [redacted]
- 3. Ex. [redacted] [redacted]

4. Ex. [redacted]

Übersetzung aus dem Tschechischen

Kurzer Abriss der gegenseitigen Beziehungen zwischen dem BSTU
0257
Bezirksausschuß der KPC in Brno und der Staatssicherheit
in Brno vom Gesichtspunkt der gegenseitigen Zusammenarbeit

Die letzten Analysen, die das Entstehen der "Nachjanuar-Politik" in der KPC erklären, zeigen immer offensichtlicher, daß die Formierung dieser politischen Plattform mindestens 2 - 3 Jahre in Brno vorbereitet wurde, und zwar in enger Zusammenarbeit der Sekretäre der KPC, d.h. des Bezirksausschusses der Partei und einer Reihe Philosophen aus Brno, die sich schon einige Jahre auf dem Gebiet der Ideologie und des theoretischen Herangehens an die Fragen des Partiellebens mindestens als Revisionisten erwiesen.

Nach meiner Ansicht konnte diese Formierung der neuen Kräfte, die wesentlich die politische Entwicklung in der CSSR beeinflussen sollten, nicht umhin, auch mit der Beeinflussung der politischen Ansichten unter den Angehörigen der Sicherheit in Brno zu rechnen. Deshalb kam es vor zwei Jahren im höchsten Organ der KPC in der Sicherheit (Staatssicherheit) in Brno zu einer charakteristischen Veränderung. Für die Funktion des Vorsitzenden des Gesamtbetrieblichen Ausschusses der KPC (er hat insgesamt 22 Parteiorganisationen) wurde vom Bezirksausschuß Gen. KOLISEK, Karel - bis zu diesem Zeitpunkt Leiter der Kreisdienststelle Brno - Land - vorbereitet. Es handelt sich um einen glänzenden Redner, der die Menschen für die Ideen gewinnen kann, denen er die notwendigen Begründungen zu geben vermag.

Seine Einsetzung in die Funktion hatte ich nicht für zufällig, weil er in der Zeit nach dem Januar 1968 bis zum August und man kann sagen auch Ende September fest auf der Position des Bezirksausschusses der Partei stand. KOLISEK versuchte, auch einige führende Leiter zu gewinnen und mit leitenden Mitarbeitern des Bezirksausschusses der KPC in festen Kontakt zu bringen. In der Periode nach dem Januar wurde er jedoch oft kritisiert, weil er den ideologischen Kampf in unseren Organisationen bremste und versuchte, die Kritik unserer Parteiorganisationen, die gegen die Massenmedien (vor allem das Fernsehen) und gegen das Präsidium des Bezirksausschusses der KPC Brno gerichtet war, abzustumpfen. Auf Mitgliederversammlungen

wurde nämlich immer häufiger die Tätigkeit des leitenden Sekretärs Genossen SPACEK (ist jetzt im ZK der KPC in Prag) wegen seines Sozialdemokratismus und seiner Inkonsequenz in der Zeit von März bis Mai kritisiert, als die KPC immer schärferen Angriffen von seiten des Fernsehens, des Rundfunks und der Presse ausgesetzt war. Schließlich hielt der Vorsitzende Gen. KOLISEK einige Resolutionen von den Organisationen zurück, die kritischen Charakter hatten und dem Bezirksausschuß der KPC als Äußerung aller unserer Parteiorganisationen übergeben werden sollten.

Im Oktober, als sich die Situation wesentlich zu ändern begann, wandte sich Gen. KOLISEK nach und nach vom Bezirksausschuß der KPC ab, und zwar noch mehr im Ergebnis des Druckes von seiten einiger Mitglieder des Gesamtbetriebsausschusses /Gen. CHUDOBA, NEMEC, SIKULA u.a./.

Im Leiter-Kollektiv der Staatssicherheit gab es bei den Abteilungsleitern bis auf eine Ausnahme (Major LATAL) keine Schwankungen und alle sind ausgesprochen prosovjätisch orientiert und richten kritische Beanstandungen an die leitenden Mitarbeiter des Bezirksausschusses der KPC. Beim Leiter Major SEKERYK gab es bis Oktober große Vorsicht und das Bestreben, mit dem Bezirksausschuß der KPC nicht in Konflikt zu geraten. Man kann sagen, daß er fest auf einem prosovjätischen Standpunkt stand und steht. Er fürchtete sich jedoch, diesen offener vor dem Mitarbeiterkollektiv zum Ausdruck zu bringen.

In der letzten Zeit ist er Initiator einiger Aktionen, die im Widerspruch zu den Interessen des Bezirksausschusses der Partei stehen. Damit erwirbt er unter den Mitarbeitern das erforderliche Vertrauen.

Der Leiter PLUKOVNIK /KD-Leiter/ ist eine prosovjätisch orientierte Person. Er tat viel zur Festigung einer realistischen Politik in den Parteiorganisationen. Im Verhältnis zum Bezirksausschuß der KPC hat er sich bis zur Gegenwart nicht von Vorsicht freigemacht, die ihm die Hände bindet. Er fürchtet sich, dem Bezirksausschuß der KPC zu erkennen zu geben, daß sich die Sicherheit in Brno als Ganzes distanziert hat und zur gegenwärtigen Leitung des Bezirksausschusses der KPC kein Vertrauen hat. Durch diese seine undeutliche Haltung gibt er

- 3 -

im Grunde dem Stellvertreter des leitenden Sekretärs der KPC im Bezirksausschuß der KPC in Brno Gen. ČERNÝ, Alfred und ihm ähnlichen Personen Unterstützung. Sein Vorgehen war logisch in der Zeit zwischen Januar bis September d.J., als die Sicherheit durch die Isolierung vom Bezirksausschuß der KPC nicht wachte, was in den Parteiorganen vorbereitet wird. Heute sind schon Genossen im Bezirksausschuß der KPC bekannt, die auf den Positionen einer realistischen Politik stehen (Gen. RUCKA, Gen. KRAJČOCH, Gen. PODOLA und andere) und deshalb ist jede moralische Unterstützung von ČERNÝ u.a. eine Schwächung der wachsenden gesunden Opposition im Bezirksausschuß der KPC.

Eine bestimmte Unentschlossenheit bei einigen Leitern und Gen. KOLISEK wird auch durch die Tatsache bewirkt, daß der Bezirksausschuß der KPC nach der bisher gültigen Nomenklaturordnung den neuen Leiter der Verwaltung für Staatssicherheit in Brno einsetzen und billigen soll. Die Kandidaten - es sind vier und unter ihnen auch Gen. KOLISEK - haben große Befürchtungen, daß von ihrer prosovjjetischen Haltung und realistischen Politik nicht Gen. ČERNÝ erfährt, der bis zum heutigen Tage scharf antisowjetisch eingestellt ist und sich über die Rote Armee laufend wie über Okkupanten äußert. Deshalb sind diese Kandidaten bestrebt, sich das Wohlwollen des Gen. ČERNÝ zu erhalten. Dabei wissen alle, daß ČERNÝ früher oder später abgehen wird und sind mit seinem Abgang einverstanden. Aber Gen. ČERNÝ hat gegenwärtig die Möglichkeit, über ihren Einsatz in Funktionen zu entscheiden. Deshalb die Doppelsüchtigkeit bei einigen höheren Leitern, wenn nicht Doppelsüchtigkeit, dann Befürchtungen um ihre Stellung.

Bei der Öffentlichen Sicherheit ist die Situation ähnlich. Ihre Parteiorganisationen exponieren sich jedoch nicht so ausgeprägt im politischen Leben und um eine positive Entwicklung im Bezirksausschuß der KPC wie in den Parteiorganisationen in der Staatssicherheit.

- 4 -

Die Leitung des Bezirksausschusses der KPC in Brno ist vorläufig dadurch stark, daß sie ihre Parteipresse - die Tageszeitung ROVNOST - zur Verfügung hat, in der in der Funktion des Chefredakteurs Gen. MARCAK - ein typisches Produkt der bürgerlichen Ideologie - sitzt. MARCAK lehnte es zum Beispiel ab, am 7.11.1968 am Gebäude der ROVNOST eine sowjetische Fahne heranzuhängen und machte das so bis in die Abendstunden, als zu ihm eine Delegation alter Vorkriegskommunisten kam, die ihm kategorisch diese Forderung stellte. MARCAK und die gesamte Redaktion lehnten es ab, an den Feierlichkeiten zum 51. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution teilzunehmen. Im Verlaufe des Tages fanden "Arbeitsbesprechungen" statt und wenn zu ihnen alte Kommunisten kamen, ließ sich MARCAK verleugnen, daß er nicht in der Redaktion sei. In der Redaktion der ROVNOST ist das größte Nest der Reaktion. Der Stellvertreter von MARCAK J. SIGUT hat auf einem Platz öffentlich den Mitgliedsausweis der Tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft zerrissen. Der Redakteur POSPISIL propagiert bis zur Gegenwart unverhohlen den Titoismus und greift in verschiedenen Broschüren scharf die Staaten des Warschauer Vertrages an. (Außer Rumänien).

Eine ähnliche Unterstützung hat der Bezirksausschuß der KPC im Fernsehen von Brno und im Tschechoslowakischen Staatlichen Rundfunk in Brno. In den Hochschulen, der Militärakademie "Antonin Zapotocky", an Schulen und verschiedenen Institutionen. In den Werken und Fabriken überall dort, wo in der Führung der Partei intellektuelle Parteikader stehen (Forschungs- und Entwicklungs-Arbeitsstellen). Trotzdem beginnt sich deutlich der Geist der Arbeiterklasse in diesen Organisationen und ein Differenzierungsprozeß zu zeigen, dem von oben geholfen werden muß (Resolution des Novemberplenums des ZK der KPC), er hat eine sichtbare Perspektive. Der Kampf um die Organisierung der KPC ist heute der Hauptkampf in Brno, weil die einen ihn im nächsten Jahr unterstützen werden, diese oder jene Funktionäre werden evtl. Druck schaffen, damit die ungeeigneten und revisionistischen Funktionäre von der Bezirksorganisation abgehen und durch neue Kader ersetzt werden.

Übersetzt: *Kaune*
4 Expl. Hptm.
11.12.68

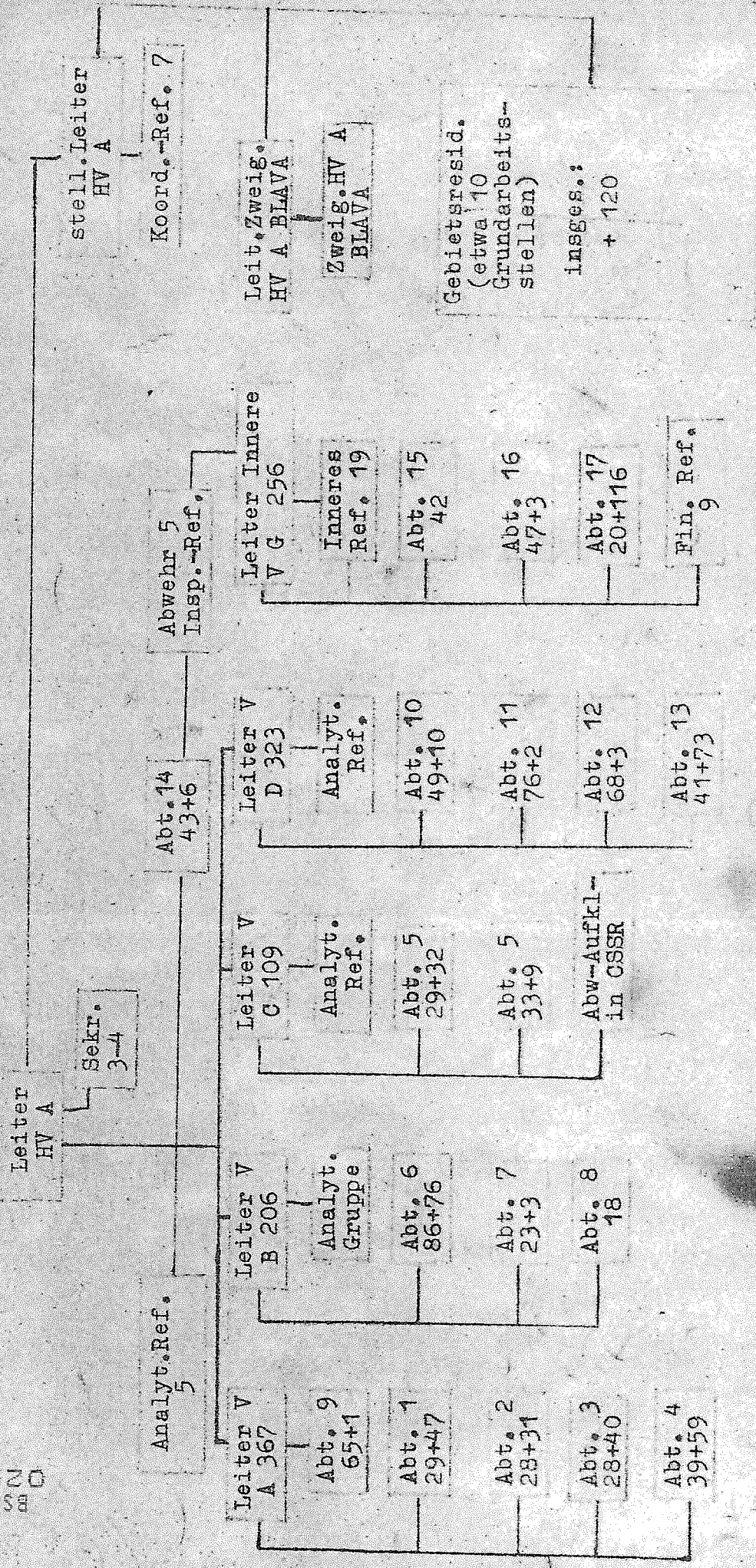
Verteiler:

1. Ex. *Gen. Ullmann*
2. Ex. *Gen. Beate*

3. Ex. *27.10*
4. Ex. *.....*

Hauptverwaltung der tschechoslowakischen Aufklärung (Entwurf)

STN
23
22



Anmerku

1. Zahl = system. Zahl
2. Zahl = Zahl in der Legalisierung und im Ausland